

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

35 (31.1.1906) Badischer Landtag. 16. öffentliche Sitzung der Zweiten
Kammer

Beilage zur Karlsruher Zeitung № 35.

Karlsruhe, 31. Januar 1906.

Badischer Landtag.

16. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Montag den 29. Januar 1906.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann
Fortsetzung der Besprechung der Interpellation der Abgg.
Bechtold und Genossen, die Fleischsteuerung betreffend — Druck-
sache Nr. 21 —.

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr.
Schenk, Geh. Oberregierungsrat Rebe und Ober-
regierungsrat Hafner.

Präsident Dr. Wilkens eröffnet die Sitzung kurz
nach 5 Uhr.

Es werden folgende Einläufe verlesen:

1. Bitte des Gesamtvorstandes des Vereins der Unter-
erheber um Verbesserung der Verordnungsverhältnisse der
Untererheber und ihrer Hinterbliebenen.
2. Petition des Vereins staatlich geprüfter Werkmeister,
die Verstaatlichung der Stellen der Bezirksbaukontrollen
betreffend.
3. Petition des Vereins der der Großh. Oberdirektion
des Wasser- und Straßenbaues unterstellten technischen
und Verwaltungsbeamten, die Dienstverhältnisse der Be-
amten in den Gehaltsklassen H und J betreffend.
4. Bitte der Zeichengehilfen bei den Bezirksstellen der
Großh. Eisenbahnverwaltung, um Regelung ihrer An-
stellungsverhältnisse betreffend.
5. Denkschrift und Petition der Vorstandschafft des ba-
dischen Eisenbahnverbands, die Verhältnisse des in Tage-
lohn beschäftigten Personals der badischen Eisenbahnen
betreffend.

Auf Vorschlag des Präsidenten werden Ziffer 1
und 2 der Petitionskommission, Ziffer 3—5 der Budget-
kommission überwiesen.

Sodann:

6. Schreiben Großh. Ministeriums des Großh. Hauses
und der auswärtigen Angelegenheiten mit der „Nachwei-
fung über den Fortgang des Eisenbahnbaues und des
hierfür aus Mitteln der Eisenbahnschuldentilgungskasse
bestrittenen Aufwands“.
7. Schreiben des Herrn Ministers des Innern mit den
von der Kammer beschlossenen Erhebungen über die be-

haupteten Unregelmäßigkeiten bei der Abgeordnetenwahl
im 39. Wahlkreis (Ettlingen-Nastatt-Karlsruhe).

Ziffer 6 wird der Budgetkommission, Ziffer 7 der
Wahlprüfungskommission überwiesen.

Schließlich werden verlesen Urlaubsgesuche der Abgg.
Duenzler und Schüler.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Das Wort erhält zunächst

Abg. Eichhorn: Ich kann der Großh. Regierung
den Vorwurf nicht ersparen, daß sie in dieser für das
Volkswohl hochwichtigen Sache nicht mit der nötigen
Energie verfahren und nicht mit dem nötigen Ernst an die
Sache herangetreten ist. Die Fleischnot machte sich bereits
im Frühjahr vorigen Jahres bei uns in der schärfsten
Weise fühlbar, was aus den Klagen in der Presse ins-
besonders zu entnehmen war. Obwohl die Handelskam-
mern und ein Teil der Zünfte sich geäußert hatten,
blieb bei der Großh. Regierung zunächst einmal alles still.
Es wurden eine Reihe Protestversammlungen abgehalten,
insbesondere in Arbeiterkreisen. Auch das hat die Großh.
Regierung keineswegs veranlaßt, der Sache näher zu
treten.

Endlich aber hat sich die Großh. Regierung entschlossen,
am 31. August 1905 Erhebungen anzuordnen, nachdem
also die Fleischnot, die Fleischsteuerung, wie man es mit
einem Spiel von Worten bezeichnet, schon soweit fortge-
schritten war. Eigentlich müßte man sagen, als die Er-
hebungen von der Regierung in Angriff genommen wur-
den, warum jetzt überhaupt noch Erhebungen? Die
Fleischnot war so allgemein bekannt und es lagen eine
ganze Menge amtlicher Mitteilungen über den Stand der
Fleischsteuerung vor, daß Erhebungen über die Tatsa-
che, daß eine Fleischnot besteht, nicht mehr notwendig
waren. Aber wenn trotzdem die Regierung glaubte, Er-
hebungen anstellen zu sollen, so hätte sie das nicht von der
Pflicht befreit, nicht erst das Ergebnis der Untersuchung
abzuwarten, sondern sofort Mittel und Wege zu suchen,
wie der Fleischnot entgegengetreten werden konnte. Die
Regierung hätte versuchen können, die Fleischnot zu be-
heben, und dann konnte sie in aller Ruhe über die Frage
Erhebungen anstellen, worauf die Fleischnot zurückzu-
führen sei.

Bis November sind die Erhebungen abgeschlossen wor-
den. Am 13. Dezember brachten wir unsere Interpella-
tion ein und volle 6 Wochen später erhalten wir endlich

die Antwort auf unsere Fragen. Ich meine, dieses ganze Verhalten, vom Frühjahr vorigen Jahres bis zum jetzigen Augenblick tatlos dieser Not zuzusehen, sieht einer Verschleppung so ähnlich, wie ein Ei dem anderen.

Wenn man sich nun fragt, welche Ursache hat die Regierung gehabt, die Sache hinauszuziehen, warum insbesondere hat sie nicht Veranlassung genommen, noch vor Weihnachten, gleich unmittelbar nachdem unsere Interpellation eingebracht war, und zu der Zeit, wo die Denkschrift, die sie dem Landwirtschaftsrat vorgelegt hat, bereits fertig war, Antwort zu geben, so findet man keine andere Erklärung, als, daß die Regierung erst die Haltung des Landwirtschaftsrates abwarten wollte, ehe sie daran ging, hier vor das Haus zu treten. Dem Herrn Minister des Innern kann man sonst den Vorwurf mangelnden Mutes nicht machen. Ich habe bisher nur eine Seite an ihm entdeckt, wo ihm eine gewisse Furcht eigen ist, und das ist die Furcht vor dem sozialistischfeindlichen Hof in Karlsruhe. Diese äußert sich zuweilen hier in der Zurücknahme von Äußerungen, die er über die Sozialdemokratie getan hat, sie äußert sich hin und wieder auch in der „Karlsruher Zeitung“, wenn über Wahlbündnisse zwischen Liberalen und Sozialdemokraten geschrieben wird. Daß nun jetzt auch noch eine Furcht vor den Agrariern bei ihm dazukommt, bedauere ich lebhaft, gerade wegen dieser für das ganze Volk so hochwichtigen Frage.

Die Antwort nun, die uns der Herr Minister am vergangenen Freitag gegeben hat, ist auch noch keine Antwort, sie war nur der Ausdruck der Maßlosigkeit. Endgültige Maßnahmen konnten daher bis jetzt nicht getroffen werden. Die Regierung erhoffte Besserung von der Durchführung der Leitsätze, die die Landwirtschaftskammer angenommen hat. Aber ich glaube, kein objektiv Urteilender wird behaupten wollen, daß die Forderungen, die in den Leitsätzen des Landwirtschaftsrates aufgestellt sind, in kurzer Zeit etwa die Fleischnot beseitigen können. Das sind kleine Mittel, die vielleicht in einer ganzen Reihe von Jahren ihre Wirksamkeit einmal dadurch äußern, daß eine Vermehrung unseres Viehstandes und ein größeres Angebot von schlachtreifem Vieh eintritt, aber keine Mittel, mit denen man eine Not, die so auf die Nägel brennt, wie die Fleischnot, beseitigen kann. Es ist also auch jetzt noch dieselbe Sache wie vorher. Man gibt zu, daß die Fleischnot besteht, man steht aber ratlos derselben gegenüber; man weiß nicht, wie man diese Not beseitigen soll. Um nun nach außen wenigstens den Anschein zu erwecken, als ob irgendwie etwas geschieht, da hilft man sich mit einem Spiel von Worten und sagt: „Es besteht gar keine Fleischnot, sondern bloß eine Fleischteuerung“. Auf dieses Spiel von Worten haben sich nun auch die agrarischen Herren Kollegen Schüller und Neuwirth bezogen, um sich damit aus der Situation zu ziehen. Was soll denn eigentlich eine solche Spielerei mit zwei Bezeichnungen sagen? Was ist denn festgestellt worden? Durch die Denkschrift der Regierung, die sie bezeichnender Weise nicht an die Kammer richtet, sondern an den Badischen Landwirtschaftsrat, als ob die Kammer es nicht notwendig hätte, daß sie über so wichtige Fragen ebenfalls amtlich unterrichtet wird, ist festgestellt worden ein starker Rückgang der Schlachtungen. Es wäre gar nicht notwendig gewesen, daß das erst die Regierung tut. Ich habe schon darauf verwiesen, daß die Städte der Regierung bei weitem zuvorgekommen sind. Karlsruhe hat eine sehr umfassende Denkschrift über den Rückgang der Schlachtungen in Karlsruhe herausgegeben; ebenso liegen ähnliche Nachweise vor aus Freiburg, Heidelberg, Lahr, Offenburg u. a.

Der Rückgang an Schlachtungen erklärt sich nach der Denkschrift aus dem Mangel an Vieh. Das ist auch wieder logisch und selbstverständlich. Die Denkschrift stellt

aber ferner fest, daß nicht nur ein Rückgang der Schlachtungen eingetreten, daß nicht nur ein Mangel im Viehbestand vorhanden ist, sondern daß schlechteres Vieh wie bisher geschlachtet wird. Das wird auf Seite 4 der Denkschrift wörtlich mitgeteilt. Und trotzdem wird behauptet: es ist keine eigentliche Fleischnot vorhanden, sondern nur eine Fleischteuerung. Es wird übrigens auch auf Seite 1 der Denkschrift klipp und klar zugegeben, daß eine ganz außerordentliche Steigerung der Preise eingetreten sei — eine Steigerung, die nach des Herrn Ministers eigenen Worten mit der allgemeinen Steigerung der Lebensmittelpreise zusammenfällt. Wir haben ja seit Monaten, beinahe seit einem Jahre, eine fortwährende Steigerung sämtlicher Lebensmittelpreise.

Mein Fraktionsgenosse Geß hat in der Begründung der Interpellation bereits darauf hingewiesen, daß selbst im Budget diese allgemeine Lebensmittelteuerung sich im Steigen der Summen, die für einzelne Staatsanstalten gefordert werden, ausdrückt. Wie wird es aber dann mit den Arbeitern stehen, deren Einnahmen natürlich in der letzten Zeit nicht gestiegen sind, die ihre Pfennige zu zählen haben, um nur überhaupt mit ihren geringen Einnahmen auszukommen? Daß eine solche „Fleischteuerung“, ein solches Ansteigen der Fleischpreise bei gleichbleibenden Einnahmen und überdies bei gleichzeitigem Steigen auch der übrigen Lebensmittelpreise zu einer direkten Fleischnot führt — d. h. insofern Fleischnot, als diese Kreise tatsächlich nicht in der Lage sind, auch noch fernerhin an dem ohnehin schon so karg bemessenen Fleischgenuß teilzunehmen — liegt doch ohne weiteres auf der Hand. Für die Arbeiterklasse ist jede Preiserhöhung ein Notstand, und die Preiserhöhung für das Fleisch ist insbesondere für die Masse der Arbeiter, für die städtische Bevölkerung ein schwererer Notstand, als für diese Bevölkerung das Fleisch notwendiger ist, als für die ländliche Bevölkerung. Man kommt uns ja nun freilich und sagt: Wozu muß denn der Arbeiter so viel Fleisch essen? Warum ist es denn notwendig, daß man in den Städten mehr Fleisch genießt, als auf dem Lande? In der Denkschrift des Deutschen Landwirtschaftsrats an die preussische Regierung wird dies auf den steigenden Wohlstand und die bessere Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung zurückgeführt. Ein Professor der Heidelberger Universität hat aber vor nicht allzu langer Zeit in einem interessanten Aufsatz in einer wissenschaftlichen Zeitschrift die Sache so erklärt: Die schwere körperliche Tätigkeit der ländlichen Bevölkerung im Freien gestattet ihnen ganz andere Quantitäten von anderen Nahrungsmitteln, wie beispielsweise Hülsenfrüchten, zu sich zu nehmen und zu verdauen, als dem Stadtbewohner möglich wäre; dieser würde gesundheitlich daher einfach ruiniert werden. Diese Kreise sind auf stärkeren Fleischgenuß angewiesen. Und nun kommt man in den agrarischen Kreisen und sagt: Dieser Fleischgenuß in den Städten ist der Ausdruck „steigenden Wohlstandes“ — und dieser wird dann für das Steigen der Fleischpreise verantwortlich gemacht! Nein, unter den heutigen Verhältnissen und bei den heutigen Fleischpreisen fällt es gewiß weiten, weiten Kreisen unserer Bevölkerung ungemein schwer, überhaupt noch mit einer gewissen Regelmäßigkeit Fleisch zu konsumieren, und wenn es nicht absolut notwendig wäre, dann würde man wahrscheinlich lieber davon abstecken, als daß man zu Pferdefleisch, oder — wie das ja auch schon geschehen ist — zu Hundfleisch greift!

Die Denkschrift der Großh. Regierung — von der ich übrigens sagen muß, daß sie wenigstens das eine Gute hat, offen und ehrlich die Dinge darzustellen, wie sie liegen, in wohlthuendem Gegensatz zu der preussischen Denkschrift — erzählt uns selbst, daß z. B. in Lahr der Genuß des Pferdefleischs, das dort früher völlig un-

bekannt war, einen außerordentlichen Umfang angenommen hat (täglich 140 Pfund). Man muß sich wirklich wundern, daß man nicht sofort und mit aller Energie Mittel und Wege sucht, um einen solchen Zustand zu beseitigen. Sollen wir etwa warten, bis auch wir zu solchen Zuständen kommen, wie sie in den „Webern“ geschildert sind, wo sich eine Familie freut und es als einen Glückstag bezeichnen muß, wenn es ihr gelingt, sich einmal an Hundefleisch gütlich zu tun?

Angeichts dieser Tatsache hätte die Regierung sofort dazu schreiten sollen, die Grenzen zu öffnen. Aber da scheint nun die Großh. Regierung es auch wieder mit der Furcht bekommen zu haben, in diesem Falle mit der Furcht vor Berlin. Mir ist gesagt worden, die Großh. Regierung habe eine Zeit lang die Absicht gehabt, Erleichterungen für die Vieheinfuhr zuzulassen. Aber der Herr Minister hat uns in der letzten Sitzung erklärt: Er kann nichts tun oder er tut nichts ohne Zustimmung der Berliner Regierung. Der Reichskanzler dagegen hat im Reichstag gesagt, er habe in dieser Beziehung nur ein Aufsichtsrecht über das Verfahren der Bundesstaaten. Anstatt sich aber ein gewisses Maß an Entschlossenheit über Berlin, hätte die Großh. Regierung nur einmal den Versuch zu machen brauchen, Vieh aus dem Ausland herein zu lassen und den Einspruch des Reichskanzlers abwarten zu lassen. Jedenfalls hätte es der badischen Regierung nicht geschadet, wenn etwa aus einem solchen Grunde eine gewisse Differenz mit Berlin eingetreten wäre. Es ist schon sehr oft ausgesprochen worden, daß die badische Regierung sich zu abhängig von der preussischen Regierung fühle, und draußen im Volk hört man deswegen oft recht, recht harte Worte. Wenn die Regierung auf dieser Bahn weiter fortschreitet, wird man mit Jug und Recht sagen können, daß man Baden nicht mehr als selbständigen Staat, sondern nur noch als preussische Provinz ansprechen kann.

Man hat sich abgemüht, die Untätigkeit der Regierung zu rechtfertigen, und dabei sind ihr die Kollagen von rechts und links beigeprungen. Es sind eine ganze Reihe von Gründen aufgeführt worden, die für die Nichtöffnung der Grenzen maßgebend sein sollen. Man hat auch eine ganze Menge von Gründen geltend gemacht, die weiterhin schuld an der Fleischteuerung sein sollen. Dabei widerspricht einer dieser Gründe immer dem andern.

Zunächst einmal die Seuchengefahr, die natürlich überall aufmarschiert, wenn die Grenze geöffnet werden soll. Ich behaupte, die Seuchengefahr wird außerordentlich übertrieben. Seit Jahren ist meines Wissens keine Feststellung über den Stand der Seuchen im Auslande erfolgt; es ist nur festgestellt worden, daß bei uns in Deutschland in den letzten Jahren die Seuchen abgenommen haben; dafür gibt es aber auch andere Gründe, es braucht nicht immer das Ausland schuld gewesen zu sein. Der Rückgang der Seuchen im Lande dürfte nicht zum wenigsten mit darauf zurückzuführen sein, daß unsere Landwirte allmählich begreifen, daß ein Stall nicht ein Schmutzwinkel zu sein braucht. Man kann, auch wo Vieh gehalten wird, Sauberkeit, Luft und Licht herrschen lassen, und das arbeitet der Seuchengefahr mindestens ebenso entgegen, wie die Fernhaltung von ausländischem Vieh. Uebrigens wird diese Ausrede, daß die Seuchengefahr zu groß sei, schon dadurch in ein kurioses Licht gerückt, daß man einen Teil ausländischen Viehs hereinläßt. Es gibt doch nur zweierlei: Entweder die Viehbestände des Auslandes sind verseucht, dann muß man die Grenze hermetisch schließen und darf gar kein Vieh aus dem Ausland hereinlassen; oder das Ausland ist nicht verseucht; es gibt Distrikte, die nicht verseucht sind, dann gibt es keine Entschuldigung, wenn man die Grenze nicht öffnet, oder die Einfuhr beschränkt. Das ist die Frage

der Grenzsperrung wegen der Seuchengefahr. Es handelt sich gar nicht um die Seuchengefahr, sondern nach meiner festen Ueberzeugung ist die Grenzsperrung nichts weiter als ein agrarisches Mittel — genau so, wie die Zollerrhöhung — um dem inländischen Viehzüchter und Viehhändler die Preiserhöhung nach Belieben zu ermöglichen. Wenn man berücksichtigt, daß die Schweineinfuhr in den letzten 10 Jahren von $\frac{3}{4}$ Millionen auf ein Minimum von einigen Zehntausend zurückgegangen ist, ja dann erklärt sich selbstverständlich, daß der Preis des Schweinefleisches ununterbrochen steigen mußte und gestiegen ist.

Nun sagt man natürlich: die Fleischteuerung hat ganz andere Gründe, als wie Ihr es Euch denkt; nicht der Mangel an Vieh ist schuld. Einer der Herren Kollegen sagte, die deutsche Viehproduktion reiche aus für den Bedarf des Volkes. Der andere Herr Kollege dagegen sagt, die Viehzucht ist zurückgegangen. Ich kann aber aus der Denkschrift der Großh. Regierung sogar ein Zitat anführen, wo direkt festgestellt wird, daß die Schweinezucht künstlich eingeschränkt worden ist. „Als Ursache der Preissteigerung für das Schweinefleisch“, heißt es da, „wird übereinstimmend der Rückgang der Schweinezucht und Schweinehaltung angegeben. Im Jahre 1904 sind die Preise für Ferkel und Matschweine außerordentlich niedrig gewesen, was die Landwirte zur Einschränkung und teilweise zur gänzlichen Aufgabe der Schweinezucht veranlaßt hat.“ Also im Gegensatz zu den Aeußerungen, die wir gehört haben, stellt die amtliche Denkschrift fest, daß die Schweinezucht zurückgegangen ist, weil die Preise des Schweinefleisches zu niedrige waren. Das kommt auf dasselbe hinaus, was so oft gesagt wird, daß dem Landwirt eine gute Ernte unangenehm sei, weil dann die Preise seiner Produkte wesentlich fallen.

Die Gründe, die weiterhin als maßgebend für die Fleischteuerung angeführt werden, sind auch nicht stichhaltig in der preussischen Denkschrift. So wird gesagt, schuld seien die Ringbildung, die prächtigen Schlachthäuser, die Zwischenhändler, das Ottroi, alles Dinge, von denen sich Punkt für Punkt nachweisen läßt, daß sie hier und da wohl geringfügig die Preise zu beeinflussen vermögen, daß sie aber nicht allein die Schuld haben an dieser ungeheuren und plötzlich auftretenden Teuerung.

Was das Ottroi angeht, so stimmen Sie doch mit für die Aufhebung desselben, sorgen Sie dafür, daß im Reichstag die sofortige Aufhebung beschlossen wird. Wir sind selbstverständlich ohne weiteres für die Aufhebung, als prinzipielle Gegner der indirekten Steuern.

Der Zwischenhandel, dem man sehr viel hat aufzureden wollen, hat hin und wieder ganz geris auch einen Teil zur Teuerung beigetragen. Nun ist aber der Zwischenhandel so alt wie überhaupt die Viehproduktion, und bringt die Konzentrierung der Schlachtereien in großen Städten den Viehhandel notwendigerweise mit sich. Gleichwohl ist früher wegen dieses Zwischenhandels eine abnorme Teuerung nicht eingetreten. Die Metzger und die Zwischenhändler werden jetzt auch nicht mehr verdienen wie früher; nach ihren eigenen Aussagen verdienen die Metzger sogar wesentlich weniger, wie vorher, als die Fleischteuerung nicht bestand.

Was die Schlachthausgebühren betrifft, so ist nachgewiesen worden (ich glaube auch seitens des Karlsruher Stadtrats), daß die Städte in der Hauptsache bei ihren Schlachthäusern keinen Profit haben.

Das tollste Stück an Scheingründen leistet sich zweifellos die Denkschrift des Deutschen Landwirtschaftsrats, die sagt: „Der durch die steigende Einfuhr von Speck, Talg und Schmalz gedrückte Preis dieser Produkte zwingt den Fleischer, für das frische Fleisch einen höheren Preis zu erzielen.“ Etwas Lächerliches habe ich selten gefunden,

als diese Begründung. Durch die Einfuhr sollen die Preise gedrückt werden und auf der anderen Seite wieder in die Höhe gehen. Der Mann, der das geschrieben hat, scheint noch nicht einmal zu wissen, daß die Preise für Speck, Talg und Schmalz genau so in die Höhe gegangen sind, wie die Fleischpreise. Man sieht, zu welchen frampshhaften Versuchen man kommt, um die Fleischteuerung auf eine unschuldige Weise zu erklären, weil man die agrarischen Treibereien nicht zugestehen will.

Der Herr Kollege Schüler hat nun auch das Fleischbeschaugesetz in die Reihe derjenigen Maßnahmen gestellt, die zur Verteuerung des Fleisches beigetragen haben. Ich stimme da vollkommen zu, nur in einem anderen Sinne, wie er gemeint hat. Er hat gemeint, die Gebühren für die Fleischschau usw., die seien es wohl, die die Schuld tragen, daß die Fleischpreise in die Höhe gegangen sind. Ich behaupte, daß die Gebühren viel weniger preistreibend sind, als der § 14a, der als agrarische Zutat in das Gesetz hineingekommen ist. Dieser § 14a enthält das Einfuhrverbot für Büchsenfleisch und für zubereitetes Fleisch. Als der Herr Kollege Schüler über das Fleischbeschaugesetz sprach und dabei anführte, daß wir Sozialdemokraten doch ganz gewiß gegen ein solches Gesetz nichts hätten, da die Gesundheit der Arbeiter damit gewährleistet sei, da hat er vergessen hinzuzufügen, daß gerade die agrarische Mehrheit im Reichstag, das Zentrum, und (zu den Nationalliberalen) auch Sie, dafür gesorgt haben, daß die sanitären Maßnahmen, die im Fleischbeschaugesetz geplant waren, ausgemerzt wurden, und das Fleischbeschaugesetz einen durchaus agrarischen Charakter erhielt. Die nationalliberale Fraktion hat ihrer Minderheit, die gegen dieses Einfuhrverbot war, so gar verboten, gegen diese Verstärkung des Fleischbeschaugesetzes zu reden. Nur dagegen stimmten durften diese 20 Mann. Damals im März 1900 haben im Reichstag die Herren Blankenhorn, Wasser- mann, Beck und auch der verstorbene Falser zusammen mit den Herren von der Zentrumspartei, diesen Antrag, der, wie später die Zollanträge, unter dem Namen Nischler ging, ihre Sanktion erteilt; dieser Antrag ist dann ein wesentliches Instrument geworden in der Hand der Agrarier zur Fernhaltung der Fleischeinfuhr und damit zur Verteuerung des Fleisches.

Nun kommen die Herren und sagen: Ja, die Produktionskosten sind so hoch, und Ihr werdet uns Landwirten, die es so schwer haben, doch nicht zumuten wollen, gewissermaßen umsonst zu arbeiten. Dazu will ich nur das eine sagen: Wir von der Sozialdemokratie haben selbstverständlich nicht das geringste dagegen, wenn der Landwirt so wie jeder Arbeiter, auch den ihm gebührenden Lohn erhält. Sind die Produktionskosten so hoch für Milch, Butter und Fleisch, gut, dann müssen sie auch bezahlt werden. Aber man muß sie auch bezahlen können! Wenn Sie auf dem Standpunkt stehen, daß die Arbeiter sich nicht aufregen sollen über hohe Fleisch- und Milchpreise, wenn Sie uns jetzt den notleidenden Landwirt an die Wand malen, der nicht existieren kann, wenn die Preise für seine Produkte nicht erhöht werden, ja, wo bleiben Sie denn dann, wenn die Arbeiter einmal eine kleine Zulage haben wollen, oder wenn im Reichstag oder in anderen Parlamenten über sozialpolitische Fragen und besonders über die Lage der Arbeiter verhandelt wird? In allen Fragen der praktischen Sozialpolitik verschänzen Sie sich entweder hinter Formalitäten oder aber Sie lehnen ein Eingehen überhaupt kurzweg ab, nennen die Arbeiter begehrlisch, und ziehen gegen ihre Bestrebungen mit Geschäftigkeiten zu Felde. Hier nun, wo dem Arbeiter die Lebensmittel verteuert werden, hier kommen Sie auf einmal und sagen,

es sei ungerecht, wenn man dem Landwirt bei der Erhöhung seiner Produktionskosten die Mehrkosten für seine Produkte nicht zahlen wolle. Wenn Sie auf der einen Seite mitarbeiten würden, den Arbeitern zu einem vernünftigen Einkommen zu verhelfen, dann würde es auch möglich sein, daß der Arbeiter vorübergehend eine kleine Verteuerung seines Lebensunterhalts leichter ertragen kann.

Nun kommen freilich Herren, wie der Herr Kollege Sängler, und sagen, die Arbeiter brauchen ja nicht so viel Bier trinken oder auf den Maskenball zu gehen. Wenn Sie wissen wollen, meine Herren, wie der Arbeiter lebt, dann dürfen Sie nicht auf die bunten Plakate sehen, die den Arbeiter im Jahre einmal zu einigen Stunden Vergnügen einladen. Schlagen Sie vielmehr Ihre eigenen antlichen Druckchriften auf, schlagen Sie die Schriften nach, die Wörrißhofer über die Lage der Arbeiterbevölkerung in Baden geschrieben hat. Dort finden Sie das richtige Bild, wie der Arbeiter lebt. Man hat schon in der Zollära ein Lied über die Begehrlichkeit der Agrarier singen hören. Nach den Äußerungen des Herrn Kollegen Sängler haben wir aber diese Begehrlichkeit noch unterschätzt. Denn nun wollen Sie auch noch den Tropfen Bier, den der Arbeiter sich leistet, haben, bzw. das, was der Arbeiter dafür ausgibt, auch noch für sich einheimen.

Ich möchte mir nun zum Schlusse die Frage gestatten, was nun eigentlich werden soll. Die Großh. Regierung hat nichts weiter als Vertröstungen. Die Regierung sagt: Die Sache ist sehr schwierig, und wir werden eben sehen, wie es weiterkommt, ist aber dabei der Ueberzeugung, daß es nicht besser, sondern schlimmer wird. Die gleiche Ueberzeugung haben auch andere Herren ausgesprochen. So hat der preussische Landwirtschaftsminister, allerdings nicht in dem Tone unseres Herrn Ministers, nämlich im Tone eines gewissen Bedauerns und Mitgeföhls, sondern im Tone des Sohnes einfach geäußert: Wartet nur erst, bis der Zolltarif in Kraft tritt, dann werdet Ihr noch ein andes Lied singen können über die Teuerung der Lebensmittel. Ja, soll man denn da ruhig zusehen, und nicht den Versuch machen, solche Zustände zu ändern, von denen man einseht, daß sie unhaltbar sind! Ich meine, ich habe schon einmal erwähnt, daß die Vetsätze des Landwirtschaftsrats so sind, daß wir nicht darauf warten können, bis sie einmal ihre Wirksamkeit zeigen. Das sind kleine Mittel, die nicht von heute auf morgen eine wesentliche Verbilligung des Fleisches herbeiführen können. Das Nächste, was die Großh. Regierung meines Erachtens hätte tun müssen, wäre — der Herr Minister hat es schon angedeutet — sofort Sorge zu tragen, daß vielleicht auf dem Wege über die Reichslande Fleisch aus Frankreich hereinkommt, daß man vielleicht auch aus Holland Vieh hereinbefördert, daß man, soweit andere Grenzen uns zur Verfügung stehen, und wo ein Angebot da ist, diese Grenzen öffnet. Ein anderes Mittel ist die sofortige Aufhebung der Fleischakzise. Darin glaube ich übrigens, meine Herren, sind wir alle einig. Ich habe eine ganze Menge, ich möchte sagen, Manowechsel in der Wahlbewegung gesammelt von Kandidaten aus allen Lagern, konservativen, nationalliberalen usw., die alle die Forderung aufstellen, Aufhebung der Fleischakzise! Ich werde mir erlauben, wenn unser Antrag zur Verhandlung kommt, diese Wechsel zu präsentieren, und die Herren Kollegen, die gewählt worden sind und die das Versprechen abgegeben haben, daran zu erinnern. Ich habe also die Hoffnung, daß unser Antrag nahezu einstimmig angenommen wird, vielleicht der erste sozialdemokratische Antrag, der in der badischen Kammer Annahme findet. Ich will aber den Tag nicht vor dem Abend loben. Nach berühmten Vorgängen ist es nicht unmöglich, daß Sie doch wieder eine

Hinterfür finden, wo Sie durchschlüpfen, so daß Sie doch meine Wechsel nicht einlösen.

Präsident Dr. Wilkens (den Redner unterbrechend): Ich halte das nicht für zulässig. Sie wenden sich an Mitglieder des Hauses und sagen, daß sie Hintertüren finden, wo sie durchschlüpfen. Diese Aeußerung widerspricht der Ordnung des Hauses. Ich muß sie mit aller Entschiedenheit rügen.

Abg. Eichhorn: Ich habe die Aeußerung natürlich nicht böse gemeint. Es gibt auch ganz anständige Hintertüren.

Präsident Dr. Wilkens (unterbrechend): die Sache ist damit erledigt.

Abg. Eichhorn (fortfahrend): So wäre die Aufhebung der Fleischzölle ein zweites Mittel, das sofort in Angriff genommen werden könnte und müßte. Dann meine ich, müßte die Großh. Regierung auch Schritte tun, um in den großen Städten das Oltroi, wenn nicht überhaupt zu beseitigen, so doch wenigstens vorübergehend sofort aufzuheben. Das wären einige Wege, wie der Fleischnot gesteuert werden kann. Ich wiederhole noch einmal, es ist dringend notwendig, daß hier etwas geschieht. Man wird es im Volke nicht verstehen, daß schon ein Jahr lang diese Fleischnot andauert und jetzt wo man dazu kommt, diese in der Kammer gründlich zu erörtern, kein Mittel gefunden werden soll, sie zu beseitigen. Es muß ein Mittel geben und ich glaube, es gibt auch Mittel, diesen allergrößten Notstand zu beseitigen. Es handelt sich um das Volkswohl, um die Volksernährung. Hier muß die Regierung die schweren Schäden in rascher Weise beseitigen. Daß sie es tun wird, muß man erwarten, trotz der unbefriedigenden Antwort des Ministers. (Bravo!).

Abg. Vogel: Nachdem in dieser für die Volksernährung so wichtigen Frage einerseits Vertreter der Arbeiterschaft, andererseits Vertreter der Landwirte zum Worte gekommen sind, möchte ich mich als Angehöriger des Handwerkerstandes auch zu dieser Frage äußern. Ich möchte vor allem gegen die Behauptung Widerspruch erheben, daß eine Fleischnot nicht existiert; denn, wie ich Ihnen nachher zu zeigen versuchen werde, besteht tatsächlich eine erhebliche Fleischnot. Wenn Sie natürlicherweise unter Fleischnot nur das verstehen, daß eine Not an Fleisch in dem Sinne vorhanden ist, daß man überhaupt kein Fleisch erhalten kann und daß ganze Stände und Massen unserer Bevölkerung überhaupt kein Fleisch bekommen können, so liegt allerdings ein solcher Notstand nicht vor. Derartige Fälle kamen früher vor, sind aber bei unseren heutigen Verhältnissen kaum mehr möglich.

Der Notstand, der uns heute beschäftigt, besteht in einem zu hohen Preise des Fleisches. Diese Teuerung wurde namentlich durch allzu rigorose Einfuhrverbote hervorgerufen. Das erkläre ich von vornherein, daß es uns nicht einfallen wird, den Landwirt, welcher Viehzucht betreibt, dadurch zu schädigen, daß er nicht einmal auf seine Produktionskosten kommt, geschweige denn einen angemessenen Gewinn von seiner Arbeit hat. Jeder Arbeiter und jeder Landwirt soll seines Lohnes wert sein. Wenn also tatsächlich nur durch Erhöhung der Produktionskosten das Fleisch so erheblich teurer wäre, so würden wir uns eben damit abfinden müssen. Aber, wie ja in der Denkschrift der Großh. Regierung zugegeben wird, hat diese Fleischteuerung noch ganz andere Ursachen und wird, wie ich glaube, auch zumeist durch andere Ursachen bedingt. Der Herr Minister hat selbst gesagt, daß die Fleischpreise eine ungewöhnliche Höhe erreicht haben. Daß nun

derartige Preise Schwankungen unterworfen sind, ist selbstverständlich; aber eine „ungewöhnliche Höhe“ derselben bedeutet einen Mißstand, eine „Fleischnot“. Ungewöhnliche Verhältnisse erfordern auch ungewöhnliche Mittel, und wir können die Großh. Regierung, die ja durch den Herrn Minister die große Bedeutung einer ausreichenden Fleischversorgung für die Volksernährung anerkannt hat, mit Recht fragen: Was ist bis jetzt geschehen, um diese ungewöhnliche Höhe der Preissteigerung wieder herabzubringen? Die Regierung hat seit Ende August vorigen Jahres Erhebungen angestellt und ist jetzt soweit gekommen, daß sie in Erwägungen eingetreten ist, welche Schritte und Maßnahmen zu ergreifen seien. Diese Erhebungen und Erwägungen sind insofern richtig, als man für die Zukunft vorsorgen muß, daß nicht wieder eine derartige ungewöhnliche Preissteigerung eintritt. Aber für die Gegenwart müssen wir andere Hilfsmittel verlangen. Es ist hier sofortige Hilfe nötig.

Den schlagenden Beweis dafür, daß eine Fleischnot existiert, und zwar nicht nur eine vorübergehende, will ich Ihnen aus den mir vorliegenden amtlichen Berichten über die Preise und die Zufuhr auf dem Mannheimer Viehmarkt und den amtlichen Schlachtberichten von Mannheim erbringen: Es wurden auf dem Mannheimer Viehmarkt vom 8. bis 13. Januar Schweine zugeführt: im Jahre 1905: 2756, im Jahre 1906: 1866. Außerdem noch 65 Stück geschlachtete Schweine. Das ist also eine sehr beträchtliche Mindereinfuhr. Der Preis war für minderwertiges Fleisch 75 Pf., für fleischiges 76, für sehr fleischiges 77 Pf., also der Durchschnitt 76 Pf. In der nächsten Woche, vom 15. bis 22. Januar, wurden dort auf dem Markt zugeführt: im Jahre 1905: 2801, im Jahre 1906: 1788. Der Preis ist der gleiche. Und in der letzten Woche, also vom 22. Januar bis inklusive 27. Januar, wurden auf den Markt geschickt 2695 Schweine im Jahre 1905, gegen 1841 im Jahre 1906; außerdem noch 261 geschlachtete Schweine. Der Preis stieg noch um 1 Pf., beträgt also 76, 77 und 78 Pf.

Gleich verhält es sich mit dem geschlachteten Vieh. Es wurden ebenfalls in der ersten Woche, vom 8. bis 13. Januar, Großvieh geschlachtet im Jahre 1905: 317, im Jahre 1906: 295. Schweine im Jahre 1905: 391, im Jahre 1906: 925. Ich möchte hier aber gleich noch anführen, daß bis zum Abschluß des vorigen Jahres infolge steigender Nachfrage nach billigem Pferdefleisch das Schlachten der Pferde in Mannheim um 25 Prozent gestiegen ist. Das ist ein weiterer Beweis, daß eine Fleischnot vorhanden ist. Vom 15. bis 21. Januar wurden 1464 Schweine im Jahre 1905 und 982 im Jahre 1906, in der letzten Woche des Januar: 1513 Schweine, im Jahre 1905, 860 im Jahre 1906 in Mannheim geschlachtet.

Sie sehen aus diesen Ziffern eine sehr erhebliche Verminderung der Schlachtungen im Jahre 1906 gegenüber dem gleichen Zeitraum im vorigen Jahre. Wenn man denn weiter noch berücksichtigt (wie auch der Herr Minister angeführt hat), daß ebenfalls die Milchpreise und die Preise für Eier ganz bedeutend gestiegen sind, dann ist es klar, daß die Arbeiter, sofern sie noch mit demselben Lohn auskommen sollen, wie im vorigen Jahre, ganz besonders bei größerer Kinderzahl, den Hungerriemen recht eng schnallen müssen. Aber nicht bloß die Arbeiter, auch die Beamten und Handwerker leiden sehr unter dieser außergewöhnlichen Steigerung des Preises, besonders derjenigen des Schweinefleisches. Der Herr Minister führte zwar an, dem steh gegenüber in sehr vielen Fällen — und es freut mich, wenn es so ist —, daß die Arbeiter höhere Löhne beziehen. Aber bis die Arbeiter oft dazu kommen, erhöhte Löhne zu beziehen, müssen sie in Streiks eintreten, und diese verdienstlosen Zeiten werfen sie dann

um lange Zeit zurück in ihren Vermögensverhältnissen, so daß der Mehrverdienst langer Monate nötig ist, um diesen Schaden wieder auszugleichen. Was machen aber unsere Staatsarbeiter, was machen unsere Staatsbeamten, diejenigen besonders bei der Eisenbahn, welche schon in den letzten Jahren Jahr für Jahr in den dringlichsten Farben geschildert haben — und es wurde von dem gesamten Hause anerkannt —, daß sie mit ihren derzeitigen Bezügen nicht auskommen könnten, und zwar dies schon zu einer Zeit, wo die Fleischpreise noch bedeutend niedriger waren? Was machen diese Beamten und Arbeiter jetzt bei der teureren Zeit? Ich glaube, nach der Erkenntnis, die der Herr Minister gewonnen hat, wird er es für unbedingt notwendig halten, sofort im Gesamtministerium dafür zu wirken, daß in der allerschnellsten Zeit diesen Beamten und Arbeitern eine Teuerungszulage bis zu der Regelung des Gehaltstarifes bewilligt wird. Die Preise werden aber noch weiter steigen und werden besonders sich fühlbar machen, wenn am 1. März, am Aschermittwoch, der neue Zolltarif in Kraft tritt. Dann wird mancher noch stärker fasten müssen, als es bisher der Fall gewesen ist. Denn die Steigerung der Zölle auf Großvieh ist vom 1. März ab so bedeutend gegenüber den bisherigen Zöllen, daß dieselben unbedingt auch auf den Preis des Fleisches einen Einfluß haben werden. Das ist, wenn auch in vermindertem Maße, bei dem Schweinefleisch der Fall. Aber wenn das Volk, das arbeitende Volk, die kleineren Beamten und Arbeiter, nun für das notwendigste Nahrungsmittel, das Fleisch, mehr Geld ausgeben müssen bei gleichen Löhnen, dann müssen sie an einem anderen Orte eben sparen. Auch der Landwirt wird unter diesen Verhältnissen zu leiden haben; denn diejenigen, welche sich mit dem Gemüsebau befassen, werden dann wahrscheinlich nicht mehr den nötigen Absatz finden, wenn das Volk teure Fleischpreise zahlen muß. Der Hausvater, welcher mehr Geld für Fleisch ausgeben muß, muß auch sparen an seinem Schuhwerk, an den Kleidungsstücken, überhaupt an allem Anderen, was unbedingt zum Leben notwendig ist. Es leiden daher auch alle anderen Geschäftszweige und alle anderen Gewerbetreibenden not.

Die Gründe der Teuerung wurden schon von verschiedenen Seiten angeführt, der Hauptgrund ist aber nicht die Steigerung der Produktionskosten, sondern der Umstand, daß eben nicht genug Schlachtvieh vorhanden ist. Die Statistik gibt uns lediglich den Gesamtbestand aller vorhandenen Viehes; wir wissen aber, daß ein großer Teil davon zum Nutztvieh gehört, d. i. zu demjenigen Vieh, welches Milch geben und Butter liefern muß, und also ebenfalls zur Ernährung der Bevölkerung herangezogen wird. Und es ist ein gesteigerter Bedarf an Milch zur Notwendigkeit geworden, seitdem viel mehr Säuglinge mit Kuhmilch aufgezogen werden müssen, weil bei unserer hochentwickelten Industrie auch die Mütter viel mehr in die Fabrik gehen müssen, als das früher der Fall war.

Mit der Bevölkerungszunahme sind auch für die Ernährung der Bevölkerung ganz andere Quellen nötig geworden, als vor 10 und 20 Jahren. Deshalb müßte auch der Viehbestand eine ganz bedeutende Steigerung erfahren, wenn einerseits der Bedarf an Milch und Butter, und andererseits der Bedarf an geschlachtetem Fleisch gedeckt werden sollte. Aus den uns mitgeteilten Zahlen könnte ersehen werden, daß die Zunahme des Viehs mit der Zunahme der Bevölkerung nicht Schritt gehalten hat.

Vom Jahre 1900 an bis zum Jahre 1903 fand ein ganz bedeutender Rückgang des Viehbestandes statt; erst das Jahr 1904 hat wieder eine Zunahme zu verzeichnen gehabt. Hieraus geht hervor, daß nicht genügend schlachtreifes Vieh vorhanden, daß viel junges Vieh vorhanden ist, und es zeigt sich auch, daß der Zutritt von Kälbern eher zugenommen als abgenommen hat. Wir werden

daher aber auch wahrscheinlich in den nächsten Monaten eher noch mit einer Abnahme von Fleisch und von Großvieh gegenüber dem jetzigen Viehstande rechnen müssen.

Es zeigt sich auch in den Berichten von allen Schlachthöfen, daß nicht allein der Zahl nach das Schlachtvieh abgenommen hat, sondern daß auch die Qualität des Viehs abgenommen hat. Der Grund ist klar und selbstverständlich: wenn eben die Preise so gestiegen sind, wie ich schon angeführt hatte, wenn besonders die Futtermittel wesentlich höhere geworden sind, da wird das Vieh früher geschlachtet und nicht so ausgenüßt. Dieser Fleischnot, in welcher wir uns befinden, ist eben eine Futternot im Jahre 1904 und auch noch im Jahre 1905 vorhergegangen und diese Futternot ist mit einer ganz hervorragenden Ursache für die jetzt bestehende Fleischnot. Wir haben im Jahre 1904 viele Millionen Zentner Kartoffel im Deutschen Reiche weniger geerntet, als im Jahre 1903, und auch bedeutend weniger als im Jahre 1901. Wir hatten im Jahre 1904 gegenüber dem Jahre 1903 geringere Ernten in Heu, Hafer, Sommergerste und schlechte Ernten in Zuckerrüben, Acker, Futterrüben und Hülsenfrüchten. Ja, es wurde auch damals von den linksstehenden Parteien im Reichstag verlangt, man solle von Reichswegen den Zoll auf Mais, Futtergerste und Roggen suspendieren, um diese Futternot zu beseitigen, aber es ist damals nicht geschehen, weil gerade wieder die landwirtschaftstreibende Bevölkerung, und besonders die Großgrundbesitzer mit ihrem Einfluß sich dagegen gewendet haben. Wenn es damals geschehen wäre, so bin ich fest überzeugt, daß wir uns heute nicht über eine Fleischnot zu beklagen hätten.

Nun heißt es, daß auch der kleine Mann in erster Linie bei uns in Baden Vorteil von dem hohen Preise der Schweine habe, denn der kleine Mann sei es, der die Schweine züchtet. Aber derselbe kleine Mann, der muß auch alle die andern Lebensmittel wieder viel teurer bezahlen, bei denen eben die Preissteigerung des Fleisches auch wieder eine Preissteigerung hervorgerufen hat. Es ist ja klar, daß, als die Preissteigerung auf einmal kam und diese kleinen Leute Mangel an Futter hatten, dieselben ihr Vieh verkaufen mußten, aber nicht den hohen Preis erzielen konnten, der dann nachher, einige Monate später, gezahlt wurde; sie mußten eben an Händler verkaufen, weil sie nicht auf eine bessere Verkaufsgelegenheit warten konnten. Auch jetzt haben sie, wenn sie Schweine aufziehen, nicht den vermeintlich hohen Verdienst davon, weil sie die Ferkel bedeutend teurer kaufen müssen und weil außerdem die Futtermittel ebenfalls teurer sind. Diese kleinen Leute haben also von der Preissteigerung ganz sicher keine Vorteile. Es ist ja auch klar, daß der Gewinn doch nur ein sehr bescheidener für denjenigen ist, der ein, zwei oder drei Schweine aufzieht, und sie verkaufen will. Das kann keiner abstreiten, daß den Hauptverdienst nur diejenigen Landwirte und Betriebe haben, welche eine große Anzahl von Schweinen züchten und verkaufen können.

In der Kalanität, in der wir uns befinden, kann nur die Öffnung der Grenzen Abhilfe schaffen, selbstverständlich unter Beobachtung aller der sanitären Vorschriften, die notwendig sind, um die Einführung von Seuchen zu verhüten. Und wenn gesagt wird: Oesterreich ist selber in Not, von da bekommen wir nichts herein, dann können wirs wenigstens einmal versuchen und brauchen uns um so weniger dagegen zu wehren, je mehr dort diese Not vorhanden ist. In Holland, Belgien und ebenso in Dänemark ist gegenwärtig unter dem Vieh eine Seuche nicht vorhanden und auch in Frankreich hat sie ganz bedeutend abgenommen. Trotz dieser Sperre soll unter den Schweinen in Deutschland doch noch eine starke Seuche herrschen, während andererseits in Holland im Jahre 1903

nur ein Fall vorgekommen ist, im Jahre 1904 zwei Fälle und 1905 in den ersten ¼ Jahren gar kein Fall. Ebenso verhält es sich in Belgien und ähnlich in Frankreich.

Andrerseits wird von der Schweiz, in welcher die Seuche herrscht, Nutzvieh bei uns eingeführt, ohne die bedeutenden Beschränkungen, welche bezüglich des Schlachtviehs anderen Staaten gegenüber gehandhabt werden. Nun ist es doch klar, daß eine Verseuchung auch durch Nutzvieh eingeführt werden kann. Wenn also da diese Vorschriften ausreichen, kann man nicht verstehen, daß bei Schlachtvieh die Maßregeln viel strenger sein müssen. Man kann da leicht zu der Ansicht kommen, daß die Maßregeln so streng nicht allein in hygienischem Interesse, sondern deshalb gehandhabt werden, um den Preis des Viehs bei uns in einer gewissen Höhe zu erhalten.

Es werden auch sonstige Gründe der Teuerung angeführt, und ich sagte schon, soweit die Preiserhöhung durch die erhöhten Produktionskosten hervorgerufen ist, so weit wird niemand eine Einwendung dagegen erheben.

Es ist ferner auf den Zwischenhandel hingewiesen worden. Aus den Reden, die hierüber gehalten worden sind, ersehen Sie, daß die Ansichten über diesen Punkt selbst unter den Herren Landwirten, die hier zum Wort gekommen sind, verschieden sind. Ich glaube, die Konkurrenz wird schon verhindern, daß das Vieh dauernd aufgekauft, aber dem Verkauf nicht ausgesetzt, sondern zurückgehalten wird.

Es wurde dann auch hingewiesen, daß es auch einen Metzgerwucher und auch einen Stadtverwaltungsrunder gibt, die an der Erhöhung der Fleischpreise schuld seien. Daß aber die Metzger bei diesen hohen Fleischpreisen jetzt keinen so hohen Verdienst haben, dafür haben wir Beweise. In den 26 Großstädten des Deutschen Reiches sind im verflohenen Jahre in den ersten neun Monaten 661 Metzger- oder Metzgergeschäfte eingegangen. Ich glaube, wenn es bei einem großen Teil derselben nicht einmal zum Konkurs gekommen ist, weil keine Masse da war, wird man nicht sagen können, daß die Herren ihr Geschäft geschlossen haben, weil sie reich geworden sind, sondern ich glaube, der größte Teil dieser Leute wird noch das kleine ersparte Vermögen verloren haben. In Mannheim allein sind im vorigen Jahr 23 derartige Metzgergeschäfte eingegangen, und in Frankfurt a. M. 39. Sie sehen hieraus, daß nicht nur in Norddeutschland, sondern auch in Süddeutschland die Metzger unter dieser Fleischnot zu leiden haben.

Nun wurde hingewiesen auf die teuern Läden und die Marmorplatten in denselben, und es wurde behauptet, daß diese zum Teil daran schuld seien, daß das Fleisch teurer wurde. Dies scheint mir durchaus unrichtig zu sein. Denn bis jetzt habe ich immer die Erfahrung gemacht — und ich bin selbst ein Ladenbesitzer — daß, wenn ein Gewerbetreibender seinen Laden vergrößert und schön einrichtet, er es deshalb tut, weil er einen größeren Konsum hervorrufen und eine große Zahl Käufer anlocken will. Das erstreben die meisten und erreichen es auch. Diejenigen, die es nicht erreichen können sich nicht damit helfen, daß sie die erhöhten Kosten durch erhöhte Preise wieder einbringen wollen, sondern sie verlieren ihr Geld, und daher kommen die vielen Konkurs.

Auch das Austragen des Fleisches durch die Metzgerburschen soll den Preis verteuern; dann müßten ja die Verkäufer in den Läden, wo das Fleisch direkt verkauft wird, billiger verkaufen. Aber das ist nicht der Fall. Auch hier ist der Grundsatz maßgebend, daß die Leute durch Entgegenkommen einen größeren Umsatz erzielen wollen.

Herr Kollege Schüler hat angeführt, nachdem die Warenhäuser sich eines Konsumartikels bemächtigen, dann kaufen, müßten die Metzger, die dadurch geschädigt sind,

um ihren Schaden wieder einzubringen, einen höheren Nutzen nehmen. Dies ist nicht richtig. Gerade wenn die Warenhäuser sich eines Konsumartikels bemächtigen, dann wird dieser Artikel in der Qualität verschlechtert, weil sie eben dadurch die Käufer an sich ziehen wollen. Es könnte höchstens ein kleiner Metzger, welcher keine ständige, gute Kundenschaft hat, schlechte Qualität einführen, um billiger zu verkaufen, aber nicht teurer. Es ist ein Unding, daß die Warenhäuser bewirken, daß die Waren in den Geschäften teurer werden. Auch dieser Grund ist also nicht maßgebend für die Fleischteuerung.

Durch die Fleischteuerung ist ein anderer Stand in Mitleidenschaft gezogen, das sind die Gastwirte. Wer dem Mittelstand helfen will, muß dafür eintreten, daß Mittel und Wege gefunden werden, um diesem Teil des Mittelstandes zu helfen. Denn die Wirte können eben nicht die Preise nehmen, welche sie, um auf ihre Kosten zu kommen, nehmen müßten, sie sind deshalb häufig genötigt, ohne jeden Nutzen ihr Geschäft zu führen.

Schließlich sollen nach den Ausführungen einiger Herren die Schlacht- und Viehhofgebühren ganz hohe Summen betragen. Der Herr Minister hat diesen Punkt richtig gestellt und ausgeführt, daß nach seiner Ansicht derartige Gebühren keine 2 Pf. auf das Pfund betragen. Ich bin aber der Ansicht, daß das noch zu hoch gegriffen ist, soweit die Gebühren für Schlachthof und Detroi in Betracht kommen. Ich bin fest überzeugt, daß in keiner Stadt der Schlachthofsbetrieb einen hohen Gewinn abwirft. Es ist eben zu berücksichtigen, daß eine Stadtverwaltung eben auch die Zinsen für das Anlagekapital berücksichtigen muß, und die Amortisationsgelder für Maschinen, die in einigen Jahren ersetzt werden müssen. Die erhobenen Gebühren werden völlig durch den Nutzen, den der Metzger durch die modernen Einrichtungen der Schlachthöfe hat, wieder aufgewogen, insbesondere, wenn man erwägt, daß die Schlachthöfe zugleich eine Zentrale zum Zwecke des Einkaufs von Vieh bilden.

Die Landwirte sollen verdienen, und den in Not befindlichen muß geholfen werden, und ich sage nochmals, wenn nicht bald Maßnahmen ergriffen werden, werden wir trüben Zeiten entgegengehen. Ich möchte nochmals an die Großh. Regierung die Bitte richten, dafür zu sorgen, daß, wenn nach dem 1. März die Wirkung der Zolltarifierhöhung eintritt, das badische Volk nicht gezwungen ist, noch stärker zu fasten, als das jetzt schon der Fall ist.

Abg. Dr. Vinz: Von der sozialdemokratischen Partei hat der Herr Abg. Eichhorn wiederum ziemlich heftige Kritik geübt an den Parteien, die seinerzeit im Reichstage für das Zustandekommen des Zolltarifes eingetreten sind, insbesondere auch an meinen Parteigenossen. Ich beabsichtige nicht, dem Herrn Abg. Eichhorn auf diesem Gebiete zu folgen. Ich meine, nicht nur das Hohe Haus, sondern auch das badische Volk ist genügend über jene Vorgänge aufgeklärt. Für meine Freunde im Reichstage nehme ich in Anspruch, daß sie bei der Behandlung jener ja außerordentlich schwierigen Fragen nach bester Ueberzeugung Stellung genommen haben, so wie es vom Standpunkt der Gesamtinteressen des Vaterlandes geboten war. Vorwärts, als ob meine Partei im Reichstage einseitige Interessenpolitik getrieben hätte, muß ich auf das entschiedenste zurückweisen. Ein sehr großer Teil unserer Bevölkerung ist zweifelsohne durch die Fleischteuerung in Mitleidenschaft gezogen, nicht nur der Arbeiterstand, auch der Mittelstand, bis hinauf in die Schichten des höheren Beamtenstandes, davon weiß manche Hausfrau zu erzählen. Ich glaube auch sagen zu dürfen, daß selbst die unmittelbar Beteiligten, die Angehörigen des Fleischgewerbes Schaden leiden durch die außerordentlich hohen Preise;

in solchen Zeiten ist das Metzgergewerbe eine ebenso schwierige, wie wirtschaftlich undankbare Sache. Auch die Zwischenhändler begrüßen keineswegs diese Verhältnisse, geht doch das Geschäft zurück, und mindert sich überall der Nutzen, der auch der Arbeit der Zwischenhändler gerechterweise gebührt. Daß Auswüchse im Zwischenhandel vorkommen, ist gewiß nicht zu leugnen. Ihnen abzuwehren ist eine Aufgabe, an welcher der reelle Zwischenhandel gewiß selbst mitzuarbeiten bereit ist.

Nachdem wiederholt auf das Vorgehen der hiesigen Stadtverwaltung hingewiesen worden ist, möchte ich kurz Folgendes anführen: Nach der Berechnung der städtischen Schlacht- und Viehhofdirektion ist in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Oktober 1905 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres trotz der Bevölkerungszunahme an Fleisch weniger verbraucht worden 48247 Kilo. Trotz dieses Wenigerverbrauchs hat aber die hiesige Einwohnerschaft für Fleisch nicht weniger als 453234 Mark mehr ausgeben müssen. Unter solchen Umständen war es Pflicht der Stadtverwaltung, so wie geschehen vorzugehen im Interesse der Einwohnerschaft.

Unter den verschiedenen Mitteln zur Abhilfe ist der Appell der Vegetarier, der Anhänger der ausschließlichen Pflanzenkost, ohne Wirkung verhallt. Das Ideale, das in diesen Bestrebungen liegt, hat keinen Anklang in weiteren Volkstreifen gefunden. Im wirtschaftlichen Interesse unseres Volkes wäre es auch nicht zu wünschen, obgleich, wenn die Fleischnot verschwände, die Gemüse einen Preis erreichen würden, daß wohl ein gewisser, wenn auch nicht vollständiger Ausgleich geschaffen würde.

Wir haben in Karlsruhe, um dem Bedürfnis der Bevölkerung entgegenzukommen und die Not einigermaßen zu lindern, wie Ihnen bekannt, einen Fischmarkt eingerichtet. Selbstverständlich war auch da wiederum die Frage: Steht es der Gemeindeverwaltung zu, auf diesem Wege den Geschäftsleuten, den Fischhändlern in der Stadt Konkurrenz zu machen? Die Stadtverwaltung war der Meinung, daß eine solche Konkurrenz dadurch tatsächlich nicht bewirkt werde, und es ist erfreulich zu konstatieren, daß der Erfolg der Anbahnung der Stadtverwaltung Recht gegeben hat. Im Monat Oktober v. J. sind in hiesiger Stadt rund 582 Ztr. an Seefischen eingeführt worden. Hieron entfallen 202 Ztr. auf den städtischen Fischmarkt und 380 Ztr. auf die Fischhändler. Im Oktober des vorvorigen Jahres, wo noch kein Fischmarkt bestand, betrug die Einfuhr für letztere nur 190 Ztr., sie hat sich also im Jahre 1905 verdoppelt.

Es ist andeutungsweise, immerhin deutlich genug behauptet worden, daß die Städte durch Erhebung von Schlachthofgebühren, auch die Art der Einrichtung ihrer Schlachthäuser wohl zu einer Steigerung der Fleischpreise beitragen. Ich möchte in dieser Beziehung doch darauf hinweisen, daß die Schlacht- und Viehhöfe von den Stadtverwaltungen keineswegs errichtet sind, um damit ein Geschäft zu machen, sondern um den heutigen Anforderungen auf diesem Gebiete in technischer und hygienischer Beziehung gerecht zu werden, im Interesse des Gewerbes, aber auch der Konsumenten. Auch vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit ist ein großes modernes Schlachthaus sicher der Errichtung einzelner Schlachthäuser in jedem Metzgerbetriebe vorzuziehen. Wenn aus verschiedenen Jahresergebnissen ein Einnahmeüberschuß der Stadt herausgegriffen wurde, so ist dabei übersehen, daß jene Rechnung aufgemacht ist ohne Berücksichtigung der Verzinsung und Amortisation des in die Schlachthofanlagen gesteckten Kapitals, und ferner, daß in den meisten Jahren Defizite herausgekommen sind. Die Einrichtung einer Schweinehaltung von Seiten der hiesigen Stadtverwaltung ist ein Versuch, nach dem Vorgang anderer Städte, dem man skeptisch gegenüberstehen kann, dessen Ergebnisse abzuwarten

sind. Eine Konkurrenz gegenüber der Landwirtschaft kann schon im Hinblick auf den geringen Umfang des Unternehmens darin nicht erblickt werden.

Das Hohe Haus ist in seiner großen Mehrheit wohl darin einig, daß so, wie die Dinge liegen, wir unter keinen Umständen an der Zollgesetzgebung des Reiches rütteln wollen, die unter so großen Schwierigkeiten und unter so großen Zustände gebracht worden ist. Auf der Grundlage dieser Gesetzgebung sind inzwischen die Handelsverträge abgeschlossen worden, und es liegt gewiß im allgemeinen Interesse, nicht nur dem der Landwirtschaft, daß nun ruhige, stetige Verhältnisse in unseren Handelsbeziehungen eintreten.

Im übrigen können wir, wie ich glaube, nur mit Befriedigung feststellen, daß die speziellen Vertreter der Landwirtschaft in diesem Hohen Hause jene besonnene und das allgemeine Wohl berücksichtigende Haltung eingenommen haben, die von gewissen Extremen vorteilhaft sich unterscheidet. Sie haben ausdrücklich erklärt, daß sie gegen Öffnung der Grenzen für die Einfuhr nichts einzuwenden haben, sofern und soweit der heimische Viehstand dabei gegen die Gefahr der Seucheneinführung wirksam geschützt wird. Ich meinerseits stehe nicht an, dieselbe Anschauung zu vertreten, und ich meine: innerhalb dieser Grenzen ist es die Pflicht der Regierung, Abhilfe auch wirklich zu schaffen. Da kann der Großh. Regierung ebenso wie den übrigen deutschen Regierungen, der Vorwurf nicht erpart werden, daß sie die tatsächlich möglichen und notwendigen Maßregeln nicht ungesäumt ergriffen hat.

Wir erfahren jetzt durch die Erklärung des Herrn Ministers, daß ernsthafte Erwägungen wegen Öffnung der Grenzen von Frankreich und von Holland angestellt sind. Diese Maßnahmen lagen doch früher schon gewissermaßen auf der Hand. Warum man nicht mit größerer Energie vorgegangen ist, ist kaum zu verstehen, wenn man nicht annimmt, daß andere Regierungen, insbesondere die preussische, die ja naturgemäß in der Sache eine dominierende Stellung hat, Schwierigkeiten gemacht haben. Ich möchte den dringenden Wunsch aussprechen, daß die Großh. Regierung mit aller Entschiedenheit nach dieser Richtung hin sich bemüht, und daß diese Bemühungen raschen Erfolg haben.

Wenn alle Interessen, deren Wahrung die Landwirtschaft im deutschen Reiche berechtigter Weise wünschen muß, gewahrt sind, dann sollte man nicht zögern, nach dem Gebot der ausgleichenden Gerechtigkeit in gleicher Weise auch den Interessen der übrigen Berufsstände, der Allgemeinheit Rechnung zu tragen. Dabei verkennen wir nicht, daß auf diesem Gebiete Naturfaktoren — schlechte Futterernten usw. — mitwirken, über die wir keine Macht haben, und die immer wieder ein sprunghaftes Auf- und Abgleiten der Viehpreise mit sich bringen. Sache der Regierung aber ist es, soviel an ihr liegt, hier auf eine Ausgleichung hinzuwirken, zur Verhütung von Nothständen von den zu Gebot stehenden Hilfsmitteln Gebrauch zu machen. Wenn wir bald wieder zu normalen Verhältnissen, wie ich hoffe, gelangen und die Großh. Regierung das Ihrige dazu getan hat, dann wird wohl auch das Hohe Haus und die Debatte, die wir über diese allerdings sehr wichtige Sache geführt haben, auch einen Teil des Verdienstes in Anspruch nehmen dürfen, für die Volkswohlfahrt etwas Nützliches geleistet zu haben.

Abg. Weißhaupt: Die Frage, die schon letzten Freitag und heute das Hohe Haus beschäftigt, hat gezeigt, daß in der vorliegenden Frage die Anschauungen von Seiten der Produzenten gegenüber denjenigen der

Konsumenten sehr weit auseinandergehen. Niemals bin ich auf radikal agrarischem Boden gestanden, aber in dieser Frage kann ich ganz gut allen den Herren beistimmen, die für die Interessen der Landwirtschaft eingetreten sind. Als Vertreter eines rein landwirtschaftlichen Bezirkes, eines Bezirkes, der sich sehr stark beteiligt an der Produktion von Fleisch, in einem Bezirk, wo die Schweinezucht und Schweinemast, und ganz besonders die Viehzucht den Hauptnerv des Landwirtschaftsbetriebes bilden, ist mir Gelegenheit geboten gewesen, von Anfang an diese Bewegung, die seit Monaten das deutsche Volk beschäftigt, zu verfolgen. Wir in den Produktionsgebieten hielten von Anfang an, wenn ich mich so ausdrücken darf, den Lärm, der in dieser Sache gemacht wurde, für weit größer als die Preise, die tatsächlich in den Produktionsgebieten bezahlt wurden, und von Anfang an bis heute konnten wir bemerken, daß die Ankaufspreise für lebendes Vieh in den Produktionsgebieten nicht so ganz im richtigen Verhältnis zu den Fleischpreisen stehen, die an größeren Plätzen wirklich bezahlt werden mußten.

Daß wir im badischen Oberland uns sehr stark beteiligen an der Fleischproduktion, das beweisen hauptsächlich unsere Absatzverhältnisse, unsere Marktverhältnisse, die sich bei uns im badischen Oberland so gestaltet haben, daß sie nicht nur besucht werden von Metzgeren und Händlern der nächsten Umgebung, sondern sogar von Händlern aus allen deutschen Bundesstaaten, selbst von Käufern aus dem Auslande. Daß aber eine Viehnot in unserem Bezirke vorhanden ist oder trotz unserer starken Ausführungsverhältnisse der Viehstand zurückgegangen ist, wie schon behauptet wurde, das ist nicht richtig.

Ich möchte hierfür einige Zahlen anführen. Nach der Viehzählung im Jahre 1904 betrug in unserem Bezirk Pfullendorf der Viehbestand 18 196 Stück und am 1. Dezember 1905 18 020 Stück. Es ist dies also nur eine Abnahme von 176 Stück. Trotzdem die Preise so sehr verlockend waren für den Landwirt, trotzdem der Landwirt, der Fleischproduzent und Viehzüchter nicht auf rosige Zeiten zurückblicken kann und sein Geld notwendig braucht, kann man konstatieren, daß der Rückgang kein nennenswerter war, nicht einmal 200 Stück, dies kann in den nächsten Tagen schon wieder ausgeglichen werden. Die gleichen Verhältnisse sind auch in dem Nachbarbezirk Meßkirch, der sich, gleich wie Pfullendorf, in hervorragender Weise an der Produktion von Fleisch und Vieh beteiligt. Auch dort ist der Viehstand nicht zurückgegangen. Nach der Viehzählung vom 1. Dezember 1904 betrug der Viehbestand 22 837 Stück, während er am 1. Dezember 1905 22 865 betragen hat. All diese Zahlen weisen darauf hin, daß es unrichtig ist, wenn man behaupten will, der Viehbestand sei in denjenigen Gebieten, wo man sich hauptsächlich mit Viehzucht und Produktion von Fleisch befaßt, zurückgegangen. Wenn auch verschiedene Verhältnisse mitgewirkt haben, um die Zucht in der letzten Zeit nicht noch mehr, als es der Fall war, zu heben, so waren es hauptsächlich die Gedanken, die immer wieder nach gerufen werden, an jene Zeiten, wo Seuchen grassiert haben, wo die seuchenpolizeilichen Vorschriften nicht in der richtigen scharfen Weise ausgeübt wurden, wie heute. Wenn man bedenkt, wie bei uns die Landwirte oft ihr ganzes Vermögen einsetzen, um eine gute Zucht, um einen guten Bestand zu erhalten, so kann man sich ein Bild machen, was für Wunden der Eintritt einer solchen Seuche in einem Bezirk in die materiellen Verhältnisse schlägt, nicht nur in die Verhältnisse der Landwirte, sondern sämtlicher Erwerbstätigen, die einem solchen Bezirk angehören. Wenn z. B. oft fünf bis sechs Monate, wie es vor Jahren der Fall war, die Seuche grassiert hat und auf allen Märkten aller Verkehr aufgehoben war, wie traurig war da das Geschäftsleben sowohl bei dem

Kaufmanns-, als auch bei dem Handwerkerstand. Das Fundament allen Erwerbslebens in unserer Gegend ist eben die Landwirtschaft und ganz besonders die Viehzucht. Und nicht nur an unseren Plätzen in dem Bezirk Pfullendorf und Meßkirch, sondern auch im ganzen badischen Oberlande, auch im badischen Mittel- und Unterlande, überall, wo man sich mehr und mehr der Viehzucht der Schweinezucht zuwendet, und den Getreidebau verringert, überall werden so ziemlich die gleichen Verhältnisse sein, daß trotz der hohen Viehpreise, die ja so verlockend für die Landwirte gewesen sind, die Zahl der Viehbestände nicht zurückgegangen ist.

Deshalb müssen wir und können wir ruhig sagen, es ist das richtige Verhältnis nicht vorhanden zwischen denjenigen Gebieten, wo konsumiert wird, und denjenigen, wo produziert wird, und es muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, daß irgendwie von Seiten der Landwirte, von Seiten der Viehzüchter und Schweinezüchter ein Beutezug unternommen worden wäre gegenüber den Konsumenten, den Großstädtern usw. Im Gegenteil, wir haben alles Interesse, daß die konsumierenden Stände erhalten werden, damit immerwährend der nötige Absatz für unsere Produkte vorhanden ist.

In Hinsicht auf unser hochentwickeltes Zuchtweesen im badischen Oberland bin ich in der letzten Zeit von mehreren Standesgenossen, von Groß- und Kleinzüchtern, beauftragt worden, von dieser Stelle aus an unsere Hohe Regierung das Ersuchen zu stellen, im Interesse unserer hochentwickelten Viehzucht, im Interesse unserer sämtlichen Erwerbsverhältnisse unsere Grenzen jederzeit strenge zu überwachen, unseren Viehbeständen den größten Schutz angedeihen zu lassen und die seuchenpolizeilichen Vorschriften an unseren Grenzen in strengster Weise zur Anwendung zu bringen. Es liegt — wie ich schon betont habe — nicht nur im Interesse unserer Landwirtschaft, der Züchter, der Produzenten, sondern es liegt im Interesse der allgemeinen Erwerbsverhältnisse.

Daß keine Viehnot vorhanden ist und vorhanden war, zeigen unsere Marktverhältnisse in der letzten Zeit. Die Nachfrage war hier eine ziemlich flau. Das beweisen nicht nur unsere Märkte, sondern auch Leute, die sich ganz auf die Mast verlegen, in unserer Nachbarschaft: die Nachfrage stehe in keinem Verhältnis zu dem, was über die Fleischsteuerung und Not gesprochen und geschrieben wird; im Gegenteil, die Absatzverhältnisse hätten sich in der letzten Zeit ziemlich verschlimmert.

Die Preisverhältnisse, die jetzt wieder eingetreten sind, sind unserer Landwirtschaft absolut nötig, wenn sie einigermaßen existenzfähig und zahlungsfähig bleiben will. All die Ausgaben in der Landwirtschaft für Arbeitsmaterial, Versicherungen usw. haben uns dahin gewiesen, endlich mit unseren Produkten einen Preis zu erreichen, bei dem wir auch wirklich unsere Rechnung finden. Es wird uns niemand verübeln wollen, wenn auch wir uns einmal auf den Standpunkt stellen, daß auch wir, wenn Jahresabschluss gemacht wird, auf unsere Rechnung kommen wollen. Dann wird auch die Ueber-schuldung des Bauernstandes nicht, wie es seit so vielen Jahren der Fall war, immer mehr und mehr um sich greifen, sondern er wird sich mehr und mehr aus seiner ungünstigen Lage heben.

Abg. Gilbert: Von einer Fleischnot können wir nicht sprechen, sondern nur von einer Fleischsteuerung, die auch ich für vorübergehend halte. Ich wohne mitten in einem Bezirk, wo fast ausschließlich nur Vieh gezüchtet und gemästet wird, und da kann ich behaupten, es ist kein Mangel an Vieh vorhanden. Im Gegenteil: die meisten Ställe sind bis auf den letzten Platz gefüllt und mancher Landwirt würde gerne verkaufen, wenn nur die Preise

einigermaßen solche wären, wie sie im Spätjahr und im Sommer gewesen sind; die Landwirte würden namentlich gern verkaufen, weil im Frühjahr die Futterpreise wahrscheinlich in die Höhe gehen werden.

Die Viehpreise, wie sie heute sind, stehen nicht im Einklang mit den Fleischpreisen. Vor zwei Jahren kosteten fette Ochsen, überhaupt fettes Vieh, 39 bis 40 M. pro Zentner lebend Gewicht. Heute ist der Preis 36 bis 38 M. Dieser Preis ist ein absolut normaler. Die Schweine kosten allerdings pro Zentner etwa 8 bis 10 M. mehr wie voriges Jahr und vor zwei Jahren. Daran mag, wie auch der Herr Minister in der letzten Sitzung schon betont hat, der Futtermangel vom Jahre 1904 zumeist schuld sein; auch hat das Fehlen von Ferkeln dazu beigetragen. Wenn nun jetzt der Landwirt auch einige Mark mehr löst, so braucht er es doch notwendig. Es kommen wieder schlechtere Zeiten. Ich erinnere nur an das Jahr 1903, in dem man das Vieh zu Schleuderpreisen verkaufen mußte; man löste damals aus dem Pfund nur 25 bis 30 Pf., höchstensfalls 40 Pf.; aber kein Mensch hatte Mitleid mit dem schwer geschädigten Landwirt und tabelte, daß das Fleisch zu billig sei. Ich bin davon überzeugt, daß die Metzger bald mit den Fleischpreisen heruntergehen müssen, ohne daß die Grenzen geöffnet werden. Wenn die Metzger jetzt die Preise eine Zeitlang hochgehalten haben, muß man auch da nicht vergessen, daß auch sie schon schlechte Zeiten gehabt haben, in denen sie Geld zusehen mußten.

Die Geschäfte schwanken und bringen bald Vorteile oder Nachteile. Ich für meine Person nehme die Sache nicht so tragisch. Ich würde das Öffnen der Grenzen für eine sehr gefährliche Sache halten, denn dann laufen wir Gefahr, daß wieder die Maul- und Klauenseuche eingeschleppt wird. Ich erinnere Sie nur an das Jahr 1899, wo in Baden 585 Gemeinden mit etwa 38000 Stück Vieh verseucht waren; auch viel Schweine und Schafe waren erkrankt. Das war ein enormer Verlust für die Landwirtschaft. Zwei mir bekannte Viehbesitzer haben z. B. im Jahre 1899 einen Schaden erlitten von mindestens 10000 bis 14000 Mark. Damals erging dann das Einfuhrverbot und ein Beweis, daß dasselbe viel beigetragen hat zur Verhütung von Seuchen ist der, daß seit dem Jahre 1899 die Seuchen überhaupt ständig abgenommen, und wir im ganzen Lande heute keine Erkrankung mehr zu verzeichnen haben. Wenn ich den im Jahre 1899 entstandenen Schaden nur mit 50 Mark auf den Kopf berechne, (und das wird wohl nicht hoch gegriffen sein) dann beträgt der Gesamtschaden etwa 2 Millionen Mark, ein sehr empfindlicher Verlust für die ganze badische Volkswirtschaft.

Bei der heutigen Frage, meine Herren, handelt es sich nach meinem Dafürhalten um zwei Punkte. Auf der einen Seite wird die Herabsetzung der Lebensmittel- resp. der Fleischpreise erstrebt, auf der andern Seite sehen wir von überall her Beschwerden und Petitionen um Lohn-erhöhung, Gehaltserhöhung zc. einlaufen. Beide Wünsche kann man aber wohl nicht gleichzeitig erfüllen. Ich weine daher, wir wollen die heutige Forderung, um die wir schon 2 Tage streiten, nämlich die Herabsetzung der Fleischpreise, Öffnung der Grenzen, fallen lassen und den notleidenden Klassen dadurch entgegenkommen, daß wir für Aufbesserung der Löhne und Gehälter sorgen. Damit glaube ich, wäre die schwierige Frage so ziemlich aus der Welt geschafft.

Jedenfalls aber möchte ich — und ich glaube alle Landwirte auf meiner Seite zu haben — die Großh. Regierung bitten, dahin zu wirken, daß das Einfuhrverbot auf jeden Fall aufrecht erhalten bleibt.

Abg. Neß: In einem großen Teile unseres deutschen Vaterlandes fiel die Kartoffelernte des Jahres 1904

schlecht aus, ihr Ertrag blieb bedeutend hinter dem der Vorjahre zurück, auch der zweite Grabschnitt war ein sehr geringer. Die natürliche Folge davon war, daß die Futterpreise stark in die Höhe gingen und es wurde dementsprechend die Nachzucht an Jungvieh, besonders an Schweinen, nicht so stark gefördert, als die Landwirte solches in günstigen oder mittleren Futterjahren zu tun pflegen. Wird nun die Aufzucht, infolge geringer Futterernte etwas lässiger betrieben, so muß sich das natürlich einige Zeit später fühlbar machen. Die Wirkung davon war, daß im letzten Sommer und Herbst die Viehpreise, besonders die Preise für Schweine, stark in die Höhe gingen. Ich glaube, daß die öffentliche Aufregung über hohe Fleischpreise zwar erklärlich, aber tatsächlich deshalb nicht gerechtfertigt ist, weil solche meist vorübergehende Zustände doch unvermeidlich sind. Die Agitation war aber auch der stärkste Impuls zu einem fortwährenden Höhersträuben der Vieh- und Fleischpreise; ob und in wie weit hierbei mehr geschäftliche oder mehr politische Interessen mitgespielt haben, mag dahingestellt bleiben.

Nachdem nun die Erhebungen bereits im ganzen Reich bis ins kleinste stattgefunden haben, muß man wohl anerkennen, daß, hingesehen auf die Produktionskosten der Landwirte, die Preise zwar nicht zu hoch, daß aber eine Fleischsteuerung wohl vorhanden ist. Die Landwirte können an vielen Orten bestätigen, daß es öfters vorkam, daß Vieh nach dem Kaufe noch wochenlang in dem Stalle der Bauern blieb, ehe es zum Schlachten abgeholt wurde. Eine Aufhebung der Grenzsperrung würde die berechtigten Interessen der Landwirte in hohem Maße schädigen.

Wir dürfen unserer Regierung Dank wissen, daß sie bezüglich der Öffnung der Grenzen ein steifes Rückgrat bewahrt hat. Was nützte es uns, wenn die Regierung — auch nur vorübergehend — die veterinärpolizeilichen Maßnahmen gegen das Ausland fallen ließ, wenn dann in den Viehbestand ein Seuchenherd hineingetragen würde?

Sorgen wir dafür, daß unsere Landwirtschaft immer mehr und mehr gekräftigt werde, dann wird sie auch in der Lage sein, den gesteigerten Fleischkonsum der Bevölkerung allein zu befriedigen.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auch darauf hinweisen, daß unsere Großh. Regierung zur Förderung und Wehrung des Viehstandes wesentlich beitragen kann durch reichliche Abgabe von Laub und Moos aus sämtlichen Waldungen. Ein wahres Wort sagt uns schon: „Gut gestreut ist halb gefüttert“. Wohl mancher Landwirt wäre in der Lage, ein Stück Vieh weiter zu halten, wenn er genügend billige Streu besäße. Welche Vorteile und Nachteile hieraus unserer gesamten Bevölkerung erwachsen können, haben uns gerade die letzten Monate am deutlichsten gezeigt.

Gönnen wir den Landwirten auch höhere Viehpreise und tragen wir in einer Zeit, wo die Produktionskosten durch höhere Löhne usw. sich fortgesetzt steigern, dazu bei, daß die Viehhaltung so gefördert werde, damit die Landwirtschaft den gesteigerten Bedürfnissen unseres Volkes in jeder Hinsicht gerecht zu werden vermag.

Abg. Panschbach: Es ist schon zwei Tage lang die Fleischnotfrage behandelt und besprochen worden. Ich bin als Produzent selbstredend der Meinung, daß keine Fleischnot, sondern nur Fleischsteuerung vorhanden ist. Wer es kennt, wie viel Besorgnis, Mühe und Partung schon die Geburt der Tiere mit sich bringt, wer es kennt, welche Arbeit und Futter ein Tier von der Geburt bis zur Schlachtreife nötig hat, wird nicht sagen, daß der Bauer allzu großen Nutzen erzielt. Es bleibt nur ein bescheidener Verdienst.

Nur auf einzelne Punkte möchte ich hinweisen, was heute noch nicht erwähnt worden ist, daß nämlich viele

Tiere erhalten bleiben könnten, wenn dieselben nicht oft durch Krankheiten heimgeführt würden; ich erinnere z. B. an den Rotlauf der Schweine. Die Großh. Regierung möchte ich bitten, daß das Impfen gegen den Rotlauf der Schweine versuchsweise auch von Laien ausgeführt werden dürfe (Kastreure oder Fleischbeschauer), nicht um den Verdienst des Tierarztes zu schmälern, sondern weil in Notfällen ein Tierarzt seines großen Bezirkes wegen oft nicht so rasch zur Stelle sein kann, als es nötig wäre.

Präsident Dr. Wilkens bittet, diesen Gegenstand in die Debatte über das Landwirtschaftsbudget zu verschieben.

Abg. **Vansbach** (fortfahrend): Daß durch Krankheit viele Tiere wegfallen, dafür möchte ich Ihnen einen Beweis liefern. Der deutschen Landwirtschaft ist seit vielen Jahren von der freisinnigen, der liberalen und der demokratischen Seite vorgeworfen worden, sie wolle Fleischwucher treiben. In der „Niederschlesischen Zeitung“ wird aber erzählt: „Ein größerer Züchter hatte am 16. August v. J. durch einen Händler 39 Schweine à 35,50 M. und am 22. desselben Monats 62 Schweine à 30 M. zur Mast gekauft. Innerhalb der auf vier Wochen bemessenen Garantiefrist des Händlers frepierten von diesen Tieren bereits 11, so daß nur 90 übrig blieben, welche mit 2844,50 M. zu Buch standen. Diese 90 wurden noch weiter durch Krankheit um 15, nunmehr auf Kosten des Mästers, vermindert. Die verbliebenen 75 Tiere wogen am 22. Dezember nach einer Mastung von 128 Tagen 80,90 Zentner und würden bei einem Preise von 50 M. per Zentner lebend Gewicht also rund 4000 M. wert gewesen sein. Nach Abzug des Einkaufspreises hat sich das den Tieren verabreichte Futter mit 12 Pf. pro Tag und Stüd bezahlt gemacht, während der tatsächliche Aufwand von dem Besitzer auf 40 Pfennig berechnet wird. Und das soll nun ein Wuchergeschäft sein? Zugegeben muß ja ohne weiteres werden, daß das Ergebnis des Mastgeschäftes durch den Abgang von 15 Tieren recht ungünstig beeinflusst worden ist. Mit solchen Abgängen aber muß jeder Schweinemäster in geringerem oder auch höherem Grade rechnen. Es wird vielleicht auch Leute geben, welche die hier in 128 Tagen erzielte Gewichtszunahme für etwas zu niedrig erachten. Wenn aber eine schnellere Zunahme gewünscht wird, werden wohl auch die täglichen Futterkosten etwas höher werden. Dabei muß man sich stets vor Augen halten, daß schon eine um das vierfache günstigere Futterverwertung als in dem hier vorliegenden Fall nötig ist, um nicht einen Wuchergewinn, sondern um einen angemessenen Nutzen aus dem Schweinemastgeschäft zu erzielen.“

Es wäre wünschenswert, wenn nicht nur die edleren Tiere (Qualität), sondern auch die Massenproduktion (Quantität) vom Staate prämiert werden könnte. Dadurch könnte auch zum Teil der Fleischnot abgeholfen werden.

Als Vertreter eines landwirtschaftlichen Bezirkes bin ich natürlich absolut gegen die unbeschränkte Grenzöffnung, weil Seuchen aller Art eingeschleppt werden könnten und dadurch der Landwirtschaft unberechenbarer Schaden zugefügt würde.

Abg. Dr. **Blankenborn**: Ich muß zunächst auf einige Bemerkungen eingehen, die im Laufe der Debatte gefallen sind und die Stellung meiner Partei im Reichstage zu der Frage des Fleischbeschaugesetzes und der Zölle betreffen.

Was zunächst das Fleischbeschaugesetz angeht, so wurde behauptet, die Herren vom Zentrum und auch von der nationalliberalen Partei hätten in agrarischer Weise dieses

Gesetz ausgestaltet. Meine Herren, beim Fleischbeschaugesetz waren längere Verhandlungen notwendig, um es zu einem Abschluß zu bringen; es kam schließlich zu einem Kompromiß, der die Mißstände, welche auf diesem Gebiete in verschiedenen Bundesstaaten noch bestanden, beseitigte. Daß man dabei das Ausland nicht besser stellte, als das Inland, war doch eigentlich selbstverständlich. Allerdings hat dadurch das Gesetz eine gewisse Schärfe gegen Amerika bekommen, wo aber auch die Fleischschau sehr im argen lag, und von wo sehr viel schlechtes Fleisch, ohne jede Beschau zu uns eingeführt wurde. Aber wir haben den Vorteil davon gehabt, daß Amerika den veränderten Verhältnissen Rechnung trug und eine Fleischschau ebenfalls einrichtete. Von dort wird nach wie vor Fleisch bei uns eingeführt, vornehmlich Fötelfleisch, und ist es vollständig unrichtig, immer nur von den Grenzsperrern für das Vieh zu sprechen und dabei außer acht zu lassen, daß für eine große Anzahl von Staaten die Fleischzufuhr offen ist. Unter den letzteren spielt Amerika eine große Rolle, und wird vielleicht dazu beitragen, daß die Fleischsteuerung, die zurzeit bei uns besteht, wesentlich gemindert wird. Ich habe vor ein paar Tagen in der Zeitung die Notiz gefunden, daß das amerikanische Ackerbaudepartement dem Kongreß eine Vorlage unterbreitet habe, zur Vermehrung der Fleischbeschaubeamten, um eine Steigerung der Ausfuhr von Schweinefleisch möglich zu machen, da dieses jetzt im Ausland infolge der größeren Nachfrage höhere Preise erziele. Und in einem anderen Artikel vom 11. Januar d. J. lese ich: „Der Kabinettssekretär für Ackerbau erklärte, wenn der Kongreß nicht schleunigst 135 000 Dollars für die Vermehrung der Fleischbeschau bewillige, so würden für über 50 Millionen deutsche Bestellungen auf Rind- und Schweinefleisch, welche die Amerikaner noch vor dem Inkrafttreten des neuen deutschen Zolltarifes auszuführen bemüht seien, wahrscheinlich nicht erledigt werden können.“

Aber auch bezüglich der Vieheinfuhr hat sich der Abg. Ged geirrt, wenn er sagte, daß nach der Vieheinfuhrkarte, die uns durch den Reichstag zugestellt wird, nur Ausland einführen dürfe. Wahrscheinlich hat er damit nur die Schweineinfuhr gemeint, denn für Vieheinfuhr ist zurzeit Oesterreich-Ungarn und die Schweiz offen. Wir brauchen letzterer gegenüber also nicht, wie einer der Herren Vorredner meinte, erst das Verbot aufzuheben. Allerdings aber kommt von dort nichts herein, weil dort die Viehpreise ebenso hoch sind, wie bei uns, und die Schweiz selbst noch aus Oesterreich-Ungarn einführen muß.

Meine Herren! Was dann die Zölle anbetrifft, so hat der Herr Abg. Ged auf unseren hochverehrten, leider verstorbenen Finanzminister Buchenberger hingewiesen. Er hat gesagt, dieser wäre nach dem Reichstage gekommen und wäre dort in einer Art Schwanengefang mit den Agrariern, dem Zentrum und auch den Nationalliberalen scharf ins Gericht gegangen, indem er sich auf die mittlere Linie stellte und deren weitergehende, auf Lebensmittelverteuerung abzielende Forderungen verurteilte. Es freut mich, daß Herr Kollege Ged gerade diesen Minister, den früheren Referenten für Landwirtschaft im Ministerium des Innern, einen gründlichen Kenner unserer landwirtschaftlichen Verhältnisse, als Muster hingestellt hat; denn genau auf den Standpunkt dieses Ministers haben sich mit wenigen Ausnahmen meine politischen Freunde und ich im Reichstage gestellt. Er hat die Regierungsvorlage nicht nur hier im Hohen Hause, sondern auch im Reichstage auf das wärmste vertreten. Dort sagte er: „Es scheint mir doch außer aller Frage zu sein, daß in diesem Hohen Hause an und für sich eine ausgesprochene Mehrheit vorhanden ist, die mit uns, den Verbündeten Regierungen, auf dem Boden des Schutzes der n a“

tionalen Produktion steht, und die mit uns weiter der Ansicht ist, wo sich hierzu der jetzige Tarif nicht ausreichend erweist, auf eine ausdehntere Bemessung abzuheben. Nun, hier haben Sie einen Tarif, in dem nach den verschiedensten Richtungen hin auf diese ausgiebigere Bemessung des nationalen Schutzes bedacht genommen ist." Dies war auch unsere Meinung, und haben wir, was die Vieh- und Fleischzölle anbetrifft, gegen die weitergehenden Anträge gestimmt, da wir die Sätze der Regierungsvorlage für vollständig ausreichend zum Schutze der einheimischen Viehzucht erachteten. Wenn trotzdem höhere Zölle durchgingen, so war dies nicht unsere Schuld, aber auch kein Grund, gegen den ganzen Zolltarif zu stimmen, da es den Verbündeten Regierungen anheim gegeben war, diese in den Handelsverträgen entsprechend herabzusetzen. Das ist geschehen. Nur ein Beispiel: Nach dem autonomen Zolltarif beträgt der Zoll für Schweine 18 M. für den Doppelzentner. Im Regierungsentwurf stand 10 M. und im Vertrag mit Oesterreich-Ungarn sind 9 M. festgesetzt, also noch eine Mark weniger, als die verbündeten Regierungen selbst vorgeschlagen hatten.

Wenn ferner Herr Kollege Geel von einem Bruch der Geschäftsordnung sprach und damit andeuten wollte, daß über Vieh- und Fleischzölle im Reichstag nicht gründlich verhandelt wurde, so möchte ich ihn darauf aufmerksam machen, daß in zweiter Lesung darüber in vier langen Sitzungen gesprochen wurde und fünf namentliche Abstimmungen stattgefunden hatten, auch außerdem eine Fleischnotdebatte damit verbunden war. Damals, 1902, waren die Verhältnisse ganz ähnlich, wie sie es jetzt sind, nur dauerten sie nicht so lange an, aber die damals in der Zolltariffkommission sowohl von Herrn Grafen von Posadowsky, als auch von dem Landwirtschaftsminister Herrn von Poddbielski zu Protokoll abgegebenen Erklärungen passen ganz genau auf die jetzige Zeit, insbesondere auch mit Bezug auf das Ausland. Sie wiesen darauf hin, daß auch dort die Vieh- und Fleischpreise hohe seien, und deshalb durch Öffnung der Grenzen der gewünschte Erfolg kaum zu erzielen sein würde. Auch erklärte vor wenigen Tagen Herr von Poddbielski im preussischen Landtag anlässlich der Budgetdebatte, daß zwar gegen Rußland das Kontingent der Schweineinfuhr erhöht worden sei, daß aber in den ersten drei Januarwochen statt 6000 nur 3449 Schweine eingeführt wurden, und daß Oesterreich-Ungarn gegen deutsche Einfuhrerleichterungen für Vieh ein Ausfuhrverbot erlassen würde.

Von verschiedenen Rednern wird behauptet, daß das Fleischbeschaugesetz und die Grenzsperrn die Schuld an der Fleischteuerung trügen. Hier ein Gegenbeweis aus der „Freisinnigen Zeitung“ vom 21. Juli 1902. Da heißt es: „Die Schweinepreise sind seit einem Jahre um 20 Proz. gefallen, und es scheint, als ob die Preise mit dem Vorrückende des Sommers noch weiter weichen werden. Da entsteht die Frage, wie es möglich ist, daß trotz der vollständigen Grenzsperrn, trotz des Fleischbeschaugesetzes, welches eine Einfuhr von Schweinefleisch geradezu unmöglich macht, daß trotz alledem die Schweinepreise sinken.“ Allerdings war die „Freisinnige Zeitung“ eine schlechte Prophetin, denn wenige Wochen nachher trat die Fleischteuerung ein. Aber auch die Ansicht des Herrn Abg. Vogel halte ich nicht für zutreffend, der meinte, wenn der Zolltarif am Nachermittwoch den 1. März d. J. in Kraft tritt, dann unbedingt eine weitere Verteuerung der Vieh- und Fleischpreise zu erwarten sei. Auch hier kann ich mich an früheren Minister, Herrn Dr. Budenberger, zitieren, der in einer Reichstagsrede sagte: „Die Frage, ob und in welchem Umfange Maßnahmen der Zollpolitik oder Steuerpolitik einen Einfluß haben auf die Preisgestaltung der davon betroffenen Artikel, ist eine der aller-

dunkelsten und geheimnißvollsten Fragen der Nationalökonomie, und ich, der ich mich in diesen Fragen auch etwas auszukennen glaube, darf wohl sagen, daß, so viele gelehrte und ungelehrte Köpfe sich mit diesem Problem beschäftigt haben, niemand es noch gelungen ist, zu einer völlig schlüssigen Beweisführung zu gelangen usw.“

Damit kann ich dieses Thema verlassen und will nur noch ein paar Worte über die Ausführungen, die sowohl der Herr Abg. Geel, als auch der Herr Abg. Eichhorn über die Lage der Arbeiter gemacht haben, sagen. Beide haben einen alten Ladenhüter der sozialdemokratischen Partei wieder herausgegraben: die *Verelendungstheorie*. Sie haben uns das Elend der arbeitenden Massen in so grellen Farben geschildert, daß ich unmöglich annehmen kann, daß nicht viel Phantasie dabei wäre. Ich habe die Ansicht, daß sich die Verhältnisse der Arbeiter gegen früher wesentlich gebessert haben. Die Löhne sind in die Höhe gegangen, und wenn auch etwas mehr Auslagen für Lebensmittel notwendig geworden sind, so hat man, wie das bereits gesagt wurde, die höheren Löhne damit begründet. Aber auch der Landwirt ist ein Arbeiter und niemand kann von ihm verlangen, daß er unter den Produktionskosten liefert. Deshalb darf auch der Arbeiter einen kleinen Anteil an höheren Preisen tragen, allerdings kann man aber nicht von ihm verlangen, daß er so außergewöhnliche Preise, wie sie jetzt zurzeit bestehen, auf die Dauer bezahlt. Dies trifft aber auch von den anderen Ständen zu, und deshalb müssen, wenn immer möglich, Maßregeln dagegen ergriffen werden.

Was aber die Lage der Arbeiter anbetrifft, so möchte ich Ihnen noch etwas aus einem Bericht der Handelskammer zu Berlin über das verflossene Jahr vorlesen: „Fast ebenso allgemein wie die Teuerung der Rohprodukte, war die gesteigerte Entlohnung der Arbeit. Aus den verschiedensten Zweigen wird berichtet, daß nicht genug Arbeitskräfte zu haben waren, um die andringenden Aufträge zu bewältigen. Mühten deshalb nach dem Gesetze von Angebot und Nachfrage die Löhne ohnehin eine steigende Tendenz verfolgen, so wurde dieser noch kräftig nachgeholfen durch die ausgebreiteten Organisationen der Arbeiter, welche darauf bedacht waren, an den steigenden Gewinnen der Unternehmer, welche aus den erhöhten Umsätzen erwartet wurden, den Arbeitern vorweg einen Anteil zu sichern.“ Hier haben Sie die Selbsthilfe. Aber alle Arbeiter sind nicht in der glücklichen Lage, das gebe ich zu, und besonders sind es die Eisenbahnarbeiter nicht, wie der Herr Kollege Eichhorn mir zugerufen hat. Aber weil sie sich nicht selbst helfen können, müssen wir ihnen helfen, und das wollen wir tun.

Was die Fleischzölle anbetrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir, wie ich glaube, einstimmig seiner Zeit beschlossen haben, daß dieselbe aufgehoben wird. Der Herr Finanzminister Budenberger versprach damals, daß es im nächsten Jahr geschehen solle, es unterblieb aber wegen der schlechten Finanzlage. Wenn ein solcher Antrag wieder zur Abstimmung kommt, wird er wieder einstimmig angenommen werden, ohne daß es notwendig sein wird, daß der Herr Kollege Eichhorn seine Wechsel, die er sich hat ausstellen lassen, den Abgeordneten präsentiert. (Heiterkeit.)

Zum Schluß möchte ich noch mein Bedauern darüber aussprechen, daß die Fleischteuerung dazu ausgenützt wurde, die Gegensätze zwischen Konsument und Produzent zwischen Stadt und Land, zu verschärfen. Unser Bestreben muß sein, möglichst ausgleichend zu wirken. Im Landwirtschaftsrat, sowie auch in diesem hohen Hause, sind Mittel und Wege genannt worden, wie dies möglich sein wird; von den Bauernvereinen sollen dieselben, wie der Herr Abg. Schüler mitteilte, in Angriff genommen werden. Da meine ich, daß es Aufgabe der Großh. Re-

gierung sein wird, die Sache in die Hand zu nehmen und für gleichmäßige Durchführung im ganzen Land zu sorgen. So werden wir wieder zu normalen Zuständen kommen und der jetzige Zwiespalt zwischen Konsument und Produzent, zwischen Stadt und Land, wird verschwinden.

Abg. Pfeiffle: Es ist kaum noch möglich, neue Gesichtspunkte jetzt in die Diskussion hineinzuwerfen. Ich ergreife das Wort lediglich, um gewisse Äußerungen, die im Laufe der Debatte gefallen sind, richtig zu stellen.

Es sind Äußerungen gefallen, die den Anschein erwecken, als ob wir nicht die Interessen der Landwirtschaft verstehen. Der Abg. Sängler hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir direkte Gegner der Landwirtschaft seien und den Landwirten eine Hebung und eine Besserstellung nicht gönnen. Das trifft nicht zu. Ich stelle die Behauptung auf, daß wir zwar nicht Vertreter des Großgrundbesitzes sind, daß aber auch wir die Interessen der kleinen Landwirte vertreten. Hier handelt es sich nach meinem Dafürhalten nur um die Interessen der Kleinbauern. Wir erblicken in unserem Kleinbauer eben, soweit er durch seiner Hände Arbeit seinen Lebenserwerb finden muß, einen Arbeiter. Wenn von unserer Seite von Agrariern gesprochen wird, so haben wir selbstverständlich damit nicht die kleineren Bauern gemeint, sondern wir meinen damit die Bauern im Frack und Zylinder, die jedes Jahr im Zirkus Busch in Berlin Vorstellungen geben. Das sind auch diejenige Kreise, welche die größten Vorteile aus den Fleischpreisen erzielen.

Das eine stellen wir außer allem Zweifel, daß unsere badische Landwirtschaft wenig oder gar keinen Nutzen von diesen Fleischpreisen hat. Denn wie liegen bei uns die Verhältnisse? Wenn man allerdings hier die Vertreter der Landwirtschaft gehört hat, könnte man glauben, daß unsere Bauern samt und sonders mit der Produktion von Mastvieh und mit der Fleischproduktion beschäftigt sind. Das trifft bei uns in Baden aber nicht zu. Wenn man vielleicht Sachsen, Rheinland und Westfalen in Abzug bringt, gibt es kaum einen Bundesstaat im deutschen Reich, wo so wenig Mastvieh erzielt wird wie bei uns in Baden. Nach der mir vorliegenden Statistik über die Viehproduktion beträgt die Zahl der Landwirte in Baden 236 159. Nun hat im Jahre 1895 der frühere Reichskanzler Fürst Hohenlohe ausgesprochen, daß nur diejenigen Kreise einen besonderen Vorteil von dem Getreidezoll haben, die ungefähr einen Flächeninhalt von 12 Hektar besitzen. Die Statistik weist nach, daß es bei uns in Baden 83485 Landwirte gibt, die nur bis zu einem Hektar Land besitzen, 44435 mit höchstens 2 Hektar, 58534 mit 2—5 Hektar, und 27157 mit 5—10 Hektar. Also damit bleiben eigentlich als solche, die mehr als 10 Hektar Land bebauen, nur 12488 übrig.

Ein gleicher Maßstab wie bei den Getreidezöllen ist anzulegen bei unserer Viehproduktion. Alle die kleinen Bauern, die hier in Frage kommen und die weniger als 10 Hektar bebauen, werden kaum in der Lage sein, viel Vieh zu produzieren. Unsere Kleinbäuerlichen Verhältnisse liegen so, daß eine große Anzahl von Landwirten nicht Vieh züchtet zum Verkauf oder als Mastvieh, sondern nur Vieh zur Milchproduktion hält. Aber auch zugegeben, solche Landwirte bekämen für ihr Vieh höhere Preise; wenn sie nur alle 2 oder 3 Jahre ein Stück Rindvieh verkaufen können und erhalten 20 bis 25 Mark mehr dafür, so wird doch niemand die Behauptung aufstellen, daß durch diese Beträge die Lage der kleineren Landwirtschaft so sehr gehoben wird, daß sie vielleicht Ursache hätte, mit dieser Fleischsteuerung zufrieden zu sein. Es wird bei den kleineren und mittleren Landwirten nicht nur Schweinefleisch, sondern auch Rindfleisch konsumiert und

wenn sie für ein Stück Vieh, das sie alle 2—3 Jahre auf den Markt bringen, etwas mehr Bezahlung erhalten, so haben sie doch auch unter den höheren Fleischpreisen zu leiden gehabt, und in Wirklichkeit keinen Vorteil.

Wir verkennen nicht, daß es unserer Landwirtschaft schlecht geht; dies rührt aber nicht daher, daß vielleicht die einzelnen Landwirte zu wenig für ihr Getreide oder für ihr Vieh bekommen, sondern dies kommt von den drückenden indirekten Steuern, welche die Landwirtschaft ebenso belasten wie die Arbeiter.

Es ist im Verlaufe der Diskussion wiederholt auf die teureren Läden verwiesen worden und auf die sonstigen Unkosten, welche den Metzgern in der Stadt entstehen und es wurde hervorgehoben, darauf sei in der Hauptsache die Steuer zurückzuführen. Soviel ich aber orientiert bin, sind die Preisunterschiede zwischen Land und Stadt kaum vorhanden, denn auf dem Lande kostet bekanntlich das Fleisch genau so viel wie in der Stadt. Ich könnte sogar Ortschaften angeben, wo die Fleischpreise höher sind als bei uns in Mannheim. Und dort brauchen die Metzger doch keine teureren Läden, haben keine hohen Schlachthausgebühren. Es würde mich freuen, wenn gerade von ländlicher Seite uns darüber Aufschluß gegeben werden könnte, welche Ursachen dort zur Verteuerung führen. (Zuruf: Weil die Leute das Fleisch meist in die Stadt bringen!) Nein, das ist es nicht, ich habe erst gestern auf dem Schwarzwald in weit von der Stadt entfernten Gegenden gehört, daß dort höhere Fleischpreise sind wie bei uns. Wir vergönnen durchaus nicht der Landwirtschaft ihre Einnahmen.

Wenn der Herr Abg. Blantenhorn die Behauptung aufgestellt hat, die Löhne seien gestiegen, so geschah dies doch nicht in der Weise, daß man die Lohnerhöhung den Arbeitern auf dem Präsentierteller entgegengebracht hätte mit Rücksicht auf die teure Lebensweise, sondern es ist ein Ergebnis der Organisation der Gewerkschaften, die diese Löhne gewaltsam dem Kapitalismus abtrotzen mußten.

Man hat davon gesprochen, daß eigentlich eine Fleischnot nicht besteht. Richtig ist, daß sie nicht deshalb besteht, weil wir zu wenig Vieh hätten. Nein, diese Fleischnot besteht deshalb, weil ein großer Teil unserer Bevölkerung konsumtionsunfähig geworden ist trotz der von dem Herrn Kollegen Blantenhorn behaupteten Erhöhung der Löhne.

Wir haben heute Nachmittag eine Statistik von der Eisenbahnverwaltung zugestellt bekommen. Leute, die über einen Lohn verfügen von 2.10 bis 2.20 M., können begreiflicherweise nicht 90 Pf. bis 1 M. für ein Pfund Fleisch ausgeben, das wäre ja beinahe die Hälfte ihrer täglichen Einnahme. Für diese Leute ist es einfach unmöglich, Fleisch zu konsumieren, und an Ihnen wird es liegen, wenn die Interpellation zur Beratung kommt, dafür Sorge zu tragen, daß diesen Leuten die Löhne so gesteigert werden, daß sie künftighin mehr Fleisch konsumieren können.

Ich will damit schließen, daß ich noch einmal die Behauptung zurückweisen muß, als ob wir ausgesprochene Gegner unserer Landwirte wären. Im Gegenteil, es liegt mir daran, festzustellen, daß die sozialdemokratische Partei immer bemüht war, für die Interessen der kleinen Bauern einzutreten, und diese haben hier bei uns bis jetzt eine bessere Vertretung gefunden als auf Ihrer Seite.

Abg. Morgenthaler: Die Debatte hat die Fleischnot so ausführlich beraten, daß ich mich kurz fassen kann. Zu meiner Befriedigung möchte ich konstatieren, daß der große Vorwurf, der der Landwirtschaft gemacht wurde, daß sie die Fleischnot verursacht habe, nicht wieder erhoben wurde, daß in allen diesen Ausführungen aner-

kannt wurde, daß nicht die Landwirtschaft an den hohen Fleischpreisen schuld ist. Es ist auch Tatsache — und ich glaube, das ist eigentlich heute noch zu wenig betont worden —, daß die Landwirtschaft höhere Preise für das Rindvieh bezahlt, als die Fleischpreise sind. Wenn z. B. bei Aufzucht von Rindvieh ein Rind versagt oder eine Kuh als Schlachtvieh verkauft werden und an deren Stelle Rindvieh eingekauft werden muß, dann muß ein bedeutend höherer Preis für letzteres ausgelegt werden. Ähnlich ist es in der Schweinehaltung. Es zeigt sich also, daß der Nutzen nicht so groß ist, denn es kann nicht allein verkauft, es muß auch gezüchtet und zugekauft werden. Unter diesen Umständen haben wir vor allem notwendig Schutz der Grenze. Wir sind ja nicht dagegen, daß solche Grenzen geöffnet werden, von denen uns keine Seuchen drohen, aber dagegen müssen wir uns verwahren, daß von solchen Gegenden her die Grenzen geöffnet werden, wo uns Seuchen in den Viehstand hineingebracht werden. Mit Schrecken denkt der deutsche Bauer an die Zeiten der Maul- und Klauenseuche, die große Läden in die Ställe riß, die dem kleinen Mann oft die letzte Kuh hinweggerafft hat. Solche Zeiten mögen fern bleiben, und wir sind der Regierung sehr dankbar, daß sie uns durch solche Schutzmaßnahmen unsere Viehhaltung sichert.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß unsere Viehhaltung immer zunimmt. Der Herr Abg. Vogel hat zwar behauptet, daß in den Jahren 1900 bis 1903 ein Rückgang erfolgt ist. Das kann möglich sein, aber ich glaube, der Grund dieses Rückganges ist noch nicht genau untersucht. Ich glaube, darauf hinweisen zu dürfen, daß jedenfalls die Fleischpreise nicht entsprechend waren, um die Viehzucht für den Landwirt lohnend zu machen, namentlich bei dem Arbeitermangel, den man in der Landwirtschaft hat.

Ich wiederhole noch einmal, wenn überall die Grenzen geöffnet würden, so wäre das kein Vorteil für die konsumierende Bevölkerung, wenn sie auch vielleicht momentan ein billigeres Fleisch bekäme; sobald Seuchen eingeschleppt und unser Viehstand dadurch reduziert würde, würden die Fleischpreise eben noch teurer werden. (Zurufe.) Die Grenzperre ist besonders auch im Interesse unserer Arbeiter; wenn der strebsame und arbeitsfreundliche Landwirt nicht so sehr auf seinen Viehstand hielt, würden die Arbeiter jedenfalls Fleisch und Brot noch teurer bezahlen.

Abg. Schmidt-Bretten: Das meiste von dem, was der Herr Abg. Geel zur Begründung der Interpellation vorgebracht hat, halte ich durch die Herren Vordner für widerlegt. Nur auf zwei seiner Behauptungen möchte ich zurückkommen.

Einmal behauptete er, die Hauptinfektionsbezirke lägen nicht an der Grenze, sondern im Innern des Reiches. Er wollte damit beweisen, daß die Seuchen nicht durch das Ausland eingeschleppt werden, sondern meistens im Innern entständen. Ich weiß nun nicht, ob diese Behauptung richtig ist; aber selbst, wenn sie richtig wäre, ist das kein Beweis für die Folgerung, daß die Seuchen nicht aus dem Ausland eingeführt werden. Denn wir haben vom Herrn Minister gehört, daß Schlachtvieh aus dem Ausland zum Zwecke sofortiger Schlachtung eingeführt werden darf, und ich kann dem Herrn Abg. Geel sagen, daß gerade in seinem eigenen Bezirk, Forzheim, wiederholt festgestellt wurde, daß, sobald in der Nähe dieser Stadt die Maul- und Klauenseuche aufgetreten ist, regelmäßig nachgewiesen werden konnte, daß die Maul- und Klauenseuche vom Forzheimer Schlachthof eingeschleppt worden und zwar von Vieh, das aus Oesterreich eingeführt worden war.

Der Herr Abg. Geel hat dann weiter behauptet, von den hohen Viehpreisen und den Seuchenmaßnahmen hätten

nur die Junker Vorteil. Ich glaube, durch die Reden der Landwirte, die hier aufgetreten sind, ist diese Behauptung schon vollauf widerlegt. Ich sehe nicht ein, warum hier diese badischen Bauern aufstehen und im Interesse der norddeutschen Junker reden sollten.

Der Herr Abg. Geel hat den verstorbenen Finanzminister Buchenberger zitiert; ich will Ihnen auch einen Satz derselben Rede zitieren, der folgendermaßen heißt: „Glauben Sie denn vielleicht, daß unsere süddeutschen Bauern so einfältige Leute sind, daß sie den Großgrundbesitzern nachlaufen, lediglich um deren Geschäfte zu besorgen? Damit kann ich Worte desselben Ministers, den er für sich angeführt hat, auch gegen ihn anführen.“

Der Herr Abg. Pfeiffle hat auch diese Behauptung aufgestellt, daß nicht die süddeutschen Bauern, sondern nur einzig und allein die Großgrundbesitzer von den hohen Viehpreisen Vorteil hätten. Diese Behauptung ist durchaus falsch. Es wird ja von derselben Seite immer behauptet, die süddeutschen Bauern haben kein Interesse an hohen Getreidepreisen, jetzt behauptet man, sie haben auch kein Interesse an hohen Viehpreisen. Ich möchte nur wissen, an was denn eigentlich die süddeutschen Bauern Interesse haben! An etwas müssen sie doch Interesse haben! Sie müssen doch etwas zu verkaufen haben, wenn sie Einnahmen haben wollen! Der Herr Abg. Pfeiffle hat angeführt, die Not unserer Bauern — die er nicht leugnet — rühre nicht daher, daß sie keine hohen Einnahmen haben, sondern komme von den „hohen Belastungen“ her. Ich könnte mit demselben Recht behaupten: die Not der Arbeiter liege nicht darin, daß sie keine hohen Löhne haben, sondern an den „Belastungen“. Das ist natürlich falsch; die Arbeiter haben ganz recht, wenn sie darnach streben, höhere Löhne zu bekommen, aber ebenso haben die Bauern ganz recht, wenn sie darnach streben, höhere Einnahmen zu bekommen; denn diese Einnahmen aus ihren Produkten stellen den Arbeitslohn des Bauern dar.

Es sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, wie dieser Fleischnotung, die tatsächlich besteht, zu begegnen sei. In erster Reihe ist vorgeschlagen worden, die Fleischnotung abzuschaffen. Auch ich stehe vollständig auf dem Standpunkt, daß die Fleischnotung abgeschafft werden muß. Es wurde ferner die Höhe der Fleischbeschaugebühren angeführt. Auch ich halte diese Fleischbeschaugebühren für viel zu hoch; ich glaube, es wäre hier ein Punkt, bei dem die Uebernahme der Gebühren auf den Staat angebracht wäre; denn tatsächlich hat die Allgemeinheit einen Vorteil davon, daß die Fleischpreise nicht zu hoch sind, und deswegen wäre es am Platze, wenn die Fleischbeschaugebühren vom Staat übernommen würden und die ganze Fleischschau überhaupt auf den Staat überginge.

Hinsichtlich der Deffnung der Grenzen steht das hohe Haus auf verschiedenem Standpunkt. Die einen — und das ist wohl die große Mehrheit des Hauses — stehen auf dem Standpunkt, daß die Grenzen, wenn irgend möglich, nicht geöffnet werden sollen. Ein anderer Teil, vor allem die Herren Abg. Vogel und Binz, stehen auf dem Standpunkt: die Grenzen sollen geöffnet werden, aber unter Wahrung derjenigen Maßregeln, die zum gesundheitlichen Schutze unseres Viehstandes nötig sind. Ich weiß nicht recht, was dieser Vorschlag eigentlich bedeuten soll, denn so viel mir bekannt ist, sind Seuchenmaßnahmen an den Grenzen nur eingeführt worden, um unseren Viehstand vor der Einschleppung von Seuchen zu schützen; man könnte also darin den Vorwurf gegenüber den Verbündeten Regierungen erblicken, daß sie bisher aus anderen Gründen als wegen sanitärer Maßregeln die Grenzen geschlossen gehalten hätten. Ich glaube, ich kann in diesem Fall die Regierung in Schutz nehmen. Ich glaube

nicht, daß die Verbündeten Regierungen mehr getan haben, als was zum Schutze des deutschen Viehstandes notwendig gewesen ist. Es ist ja von verschiedenen Seiten auf die Maul- und Klauenseuche hingewiesen worden, auf die Jahre, in denen bei uns Maul- und Klauenseuche herrschte, und es ist nicht nötig, daß ich nochmals darauf zurückkomme.

Ich stehe auf dem Standpunkte, daß, wenn irgend möglich, eine Milderung des bestehenden Zustandes nicht herbeigeführt werden sollte, und daß die Interessen der Landwirtschaft in genügendem Maße gewahrt werden sollen: diese Interessen sind sehr bedeutende, denn in unserem Viehstande ist ein außerordentlich wichtiger Teil des Nationalvermögens verkörpert. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Grenzen nur dann geöffnet werden sollen, wenn sich diese Maßregel mit dem Schutze unseres Viehes vereinbaren läßt. Denn falls nach Öffnung der Grenzen wieder Seuchen eingeschleppt würden, dann könnte tatsächlich eine Zeit kommen, wo eine wirkliche Fleischnot und eine größere Fleischteuerung käme, als jetzt vorhanden ist.

Nach Schluß der Diskussion erhält als Vertreter der Interpellanten das Schlußwort der

Abg. G e t t : Ich glaube mindestens dahin Ihre Zufriedenheit zu erwerben, daß ich in meinem Schlußwort nicht auf die zahlreichen Einwendungen, die gemacht worden sind, eingehe. Mit dieser Zustimmung von rechts und links bin ich allerdings nicht zufrieden; denn sie bestätigt nicht, daß die Interpellation bei Ihnen den Eindruck gemacht hat, den wir von ihr gewünscht hätten.

Diese Interpellation ist eingebracht worden im Namen eines überwiegend großen Teils unserer Bevölkerung, im Namen insbesondere der Arbeiterschaft und aller derjenigen, die genötigt sind, das Fleisch zu ihren notwendigen Lebensmitteln zu zählen, und einen außerordentlichen Teil ihres Haushaltes dafür aufzuwenden.

Was ist nun herausgekommen? Nicht einmal von allen Seiten wurde zugegeben, daß eine Fleischnot bestehe. Es ist sogar, wenn man die Reden der Herren Vertreter der Landwirtschaft gehört hat, nicht einmal darin Einverständnis erzielt worden, daß nur eine bemerkenswerte Fleisch t e u e r u n g vorhanden sei, die man so bald wie möglich zu reduzieren bestrebt sein solle.

Die Landwirte sagen uns: „Wir müßten diese Preise erzielen; wir können ohne diese Preise für das Vieh — die ja selbstverständlich die Preise für das Fleisch bestimmen — nicht existieren“. Da müssen eben andere Ereignisse eintreten; zunächst die Konsequenzen gezogen werden, auf die ich bereits aufmerksam gemacht habe. Gegenüber dieser großen Belastung des Volkes muß eine Verbesserung der Lage, ein erhöhtes Einkommen, erstrebt werden. Dieser Versuch muß gemacht werden auf dem Gebiete der Industrie, des Gewerbes und der Städteverwaltung, insbesondere aber, wo es am notwendigsten ist, auf dem Gebiete der Staatsverwaltung, unbekümmert, ob der Vorwurf der Unverträglichkeit und der Unerfährtheit dann wieder erhoben wird. Und die Industrie muß diese Konsequenz ziehen, wenn sie sich zufolge schlechter Ernährung der Arbeiter die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte nicht untergraben wollte.

Wir haben von der Regierung eine Antwort erhalten, die uns nicht befriedigen kann. Es ist in der offiziellen Erklärung des Ministeriums nicht gesagt, was geschehen soll; es ist nur gesagt, man wolle sich bemühen, Vorschläge zur Abhilfe zu machen und dabei auf die bei der Durchführung dieser Maßnahmen in Betracht kommenden Interessentengruppen Rücksicht nehmen. Ich fürchte, daß mit diesen Interessentengruppen nur diejenigen gemeint sind, die hier das Wort ergriffen haben, um den Zustand, wie

er ist, soweit die Landwirtschaft in Betracht kommt, zu erhalten, „vor allen Dingen verwahren wir uns gegen die Konkurrenz des Auslandes“.

Wenn wir die Antwort des Ministeriums so extrahieren, diesen, beinahe hätte ich gesagt „Fleischextrakt“ der Regierung, so interpretieren dürfen, so können wir sagen: „Volk, du hast da eine befriedigende Auskunft nicht erhalten.“ Eines nur gibt einen Sonnenstrahl, und das ist die, glaube ich, für meine Person gemachte private Äußerung des Herrn Ministers, daß er trotz alledem beabsichtige, unserer Anregung, besonders der, die ich in der Begründung der Interpellation machte, dadurch näher zu kommen, daß er, im Anschluß an das in Elsaß-Lothringen geäußerte Bedürfnis den Versuch machen wolle, aus Frankreich wenigstens ein Kontingent Schweineinfuhr zu erzielen, sowie eine Einfuhr holländischen Viehs über Luxemburg oder Frankreich nach Elsaß-Lothringen und damit auch eine Zufuhr zu uns zu ermöglichen. Ob ihm das gelingen wird, ist zweifelhaft, und wenn die Gesamtregierung sich wieder zum Sprachrohr der erwähnten Interessentengruppe macht, bezweifle ich einen Erfolg vollständig.

Ich habe Ihnen gesagt, lesen Sie die eingelaufenen Petitionen unserer Staatsbeamten, hören Sie alle diese Bitten aus den einzelnen Stadtverwaltungen, namentlich der unter der Städteordnung stehenden Städten und beachten Sie, wie sich die Stadtverwaltungen gegenüber dem Andrang der ihnen untergebenen Beamten und Arbeiterfreije nicht länger zurückhalten können. Dann werden Sie es sehen, daß auch wir in diesem Hause nicht umhin können, den an uns gelangenden Anforderungen Rechnung zu tragen. Ja, Herr Kollege Gieseler, Vorsitzender unseres Finanzrates, Sie werden, wenn Sie diese Wünsche auch nur einigermaßen befriedigen wollen, eine schwere Aufgabe haben, ihre Finanzierung perfekt zu machen. Und der neueste Vorstoß, der heute gekommen ist — ich glaube nicht, daß er der allerletzte sein wird — kommt von einer Richtung, die Ihnen (zum Zentrum) ganz nahe steht und die, wie ich hoffen darf, die Sympathie auf Ihrer Seite besitzen muß; es ist die an die Großh. Regierung und an die Kammer der Abgeordneten gerichtete Denkschrift zur sozialen Lage des im Tagelohn beschäftigten Personals der badischen Eisenbahnen, herausgegeben vom Vorstand des Badischen Eisenbahnverbandes.

Ich empfehle Ihnen das Studium dieser Denkschrift, besonders der Seiten 40 ff., wo auf die heutige Teuerung der Lebensmittel abgeholfen ist. Sie können diesen Haushaltsbudgets nicht widerstehen. Und auch die übrigen werden kommen aus den Forsten, aus den Schreibstufen unserer Gerichte und Verwaltungen, mit dem gleichen Rechte und werden uns dasselbe Budget hinhalten. Sehen Sie einmal diesen mathematischen Nachweis des Hungerleidens an, und dann, Herr Kollege Blankenhorn, brauchen wir uns auf die Theorie der Verelendung nicht einzulassen. Hier sehen wir, daß ein Glend in praxi vorliegt. Die Leute rufen uns an zur Beseitigung dieses Glends und beweisen auch, daß die Fleischnot in hervorragender Weise auf die häuslichen Budgets einwirkt. Sie entnehmen ihre Statistik für die Teuerung den Aufstellungen des Großh. Statistischen Landesamts und führen uns namentlich den Aufschlag des Schweinefleisches vor. Sie zeigen uns, wie im Karlsruher Schlachthof im Juni v. J. — in einem Monat — 3047 Schweine weniger als im Jahre vorher geschlachtet wurden. Und dann geben sie sogar ein Beispiel aus oberen Kreisen wieder und sagen: Seht doch die Staatssekretäre der Reichsämter an; sie sind die ersten glücklichen Menschen in Deutschland, die infolge der Teuerung und Notlage ein Entgegenkommen gefunden haben, und zwar ist ihnen eine Repräsentationszulage von 14 000 M. pro Jahr gewährt

worden. Sie sehen auch die Arbeiter, die dem Zentrum nahestehe, verstehen es, Vergleiche nach oben zu machen. Wenn wir Sozialdemokraten aber die Staatssekretäre mit ihren 14 000 M. Erhöhung herangezogen hätten, ich wollte die Tonart hören, mit der uns wegen dieses Zielens nach den oberen Zehntausend begegnet worden wäre. Und sie kommen zu dem Resultat, daß sie sagen: Wenn diese Preissteigerungen nicht parallelisiert werden durch Lohnerhöhungen bzw. Steuerungszulagen, so wird infolge der sich bemerkbar machenden Unterernährung eine Entfräntung des Körpers und damit ein Zurückgehen der Arbeitsleistungen bemerkbar sein; ferner werden vermehrte Krankheiten eine Begleiterscheinung bilden, und sie bitten daher, der Großh. Regierung nahe zu legen, die Lohn- und Einkommenverhältnisse sämtlicher Eisenbahnarbeiter durch eine den heutigen Steuerungsverhältnissen entsprechende Summe in Form einer Steuerungszulage in tunlichster Weise zu regeln.

Ich wünsche, daß unsere Interpellation wenigstens den Erfolg haben möge, daß der Herr Minister des Innern, gemäß seiner vorhin erwähnten privaten Äußerung, gemeinsam mit den Elsaß-Lothringern den Versuch macht,

nach Westen und Nordwesten hin die Grenze für Schweinefleisch zu öffnen, daß er sein Wort insofern einlösen möge, als er die Ansicht des gesamten Ministeriums auf seine Seite bringt, daß er insbesondere nach Norden hin fest bleibt, wo keineswegs so bescheidene Agrarier wie bei uns wohnen.

Präsident Dr. Wilkens verliest hierauf:

1. eine Mitteilung der Wahlprüfungskommission des Inhalts, daß sie die von der Kammer beschlossenen Erhebungen über die bei der Wahl im 66. Wahlkreis vorgenommenen Unregelmäßigkeiten geprüft und keinen Anlaß habe, einen Antrag auf nochmalige Beratung in der Kammer zu stellen.

Das Haus erhebt keinerlei Widerspruch.

2. Ein Schreiben des Ministers des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten betr. die Beratung der Budgetposition für den Bau des zweiten Geleises der Bahnstrecke Neckarelz-Osterburken.

Schluß der Sitzung 8 Uhr 50 Minuten.